



Arbeitsgemeinschaft
Frieden und Entwicklung

Berichte 2013-2014

Entwicklung für Frieden



FriEnt

Die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) ist ein Zusammenschluss von neun staatlichen Organisationen, kirchlichen Hilfswerken, zivilgesellschaftlichen Netzwerken und politischen Stiftungen. Ziel von FriEnt ist es, Kompetenzen zu bündeln, Vernetzung und Kooperation zu fördern sowie zu einer konfliktensiblen Entwicklungszusammenarbeit beizutragen. Gemeinsam wollen die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für die vielfältigen Ansätze und Potentiale entwicklungspolitischer Friedensarbeit in Politik und Öffentlichkeit werben.

Die FriEnt-Mitglieder eint ihr Engagement für Frieden und Entwicklung. Sie unterscheiden sich jedoch in ihrer Größe, in ihrem Auftrag, in ihrem Partnerfeld im Ausland und in ihren Projekt- oder Arbeitsansätzen. Diese vielfältigen Perspektiven und Erfahrungen wollen sie für eine gemeinsame und produktive Auseinandersetzung mit den Themen Frieden und Entwicklung nutzen.

Die Mitglieder von FriEnt sind:

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst | Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) | Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) | Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH | Heinrich-Böll-Stiftung (hbs) | Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe / Misereor | Konsortium Ziviler Friedensdienst | Plattform Zivile Konfliktbearbeitung / Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) | Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF)

Impressum

© Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)
c/o GIZ

Friedrich-Ebert-Allee 36
53113 Bonn
Tel +49 (0) 228 4460 3583

info@frient.de
www.frient.de
www.twitter.de/FriEnt_news

Redaktion: Marc Baxmann, Natascha Zupan (V.i.S.d.P.)
Assistenz: Lisa Häberle

Autorinnen und Autoren:

Marc Baxmann, Anja Justen, Caroline Kruckow, Claudia Rolf, Bodo Schulze, Angelika Spelten, Sonja Vorwerk-Halve, Andreas Wittkowsky

Layout: Claudia Oly

Bildrecherche: picture worx / Monika Bergmann

Druck: dieUmweltDruckerei GmbH

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier

Auflage: 1.500 Exemplare

Titelbild: Christof Krackhard/Brot für die Welt
Bilder Seite 2-3 v.l.n.r.: Privat (2x), Konstantin Börner,
Aida Schievelbein, Konstantin Börner (2x)

Hinweis:

Die Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der FriEnt-Mitglieder wieder.

Bonn, Juni 2015

Inhalt

- 2 | Vorwort: Von Krisen und Chancen
- 3 | Editorial: Alles vernetzt?!

- Entwicklung und Gewalt**
- 4 | Die politische Dimension nachhaltiger Entwicklung stärken
- 6 | Bildung – Gesundheit – soziale Sicherung: Schlüsselbereiche für Friedensförderung
- 8 | Ernährungssicherung in fragilen Kontexten – Eine Welt ohne Hunger in einer Welt voller Konflikte?
- 10 | Krisenzeiten in Nordafrika und Nahost: Entwicklungszusammenarbeit in der Sackgasse?

- Friedensförderung „beyond aid“**
- 12 | Friedensförderung als globale Zukunftsaufgabe
- 14 | Natürliche Ressourcen: Potentiale für Friedensförderung in einer globalisierten Welt
- 16 | Friedensförderung in aufstrebenden Ländern: Beispiel Indonesien
- 17 | Die ungelösten Konflikte in Osteuropa und im Südkaukasus: Ein System kommunizierender Röhren

- Quo vadis Friedensförderung?**
- 18 | Die Möglichkeiten nutzen – Friedensförderung in einer komplexen Welt
- 20 | Neue Partnerschaften für Frieden und Entwicklung: Ziehen wir am selben Strang?
- 22 | Inklusion und konstruktive Staats-Gesellschaftsbeziehungen: Partizipation neu gedacht?

- 24 | Evaluierung 2014
- 25 | Publikationen
- 25 | FriEnt im Detail



Von Krisen und Chancen

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

„Seizing opportunities“ – so lautete der Titel des ersten FriEnt Peacebuilding Forums, das im Mai 2014 in Berlin stattfand. Angesichts der Schlagzeilen der Jahre 2013/2014 ein geradezu enthusiastisches Motto. Schließlich liegen zwei Jahre mit eskalierenden Krisen und nicht gerade ermutigenden Entwicklungen hinter uns: Der Konflikt um die Ukraine stellt nicht nur die europäische Friedensordnung auf die Probe, sondern hat auch Auswirkungen auf die Konflikte im Südkaukasus. In Syrien und im Irak hat sich die Situation weiter verschärft, in Gaza, im Südsudan, in der Zentralafrikanischen Republik und in vielen anderen Regionen kam es (wieder) zu Krieg und Gewalt. Organisierte Kriminalität, Radikalisierung und Terrorismus gefährden menschliche Sicherheit in vielen weiteren Regionen dieser Welt, auch bei uns hier in Deutschland.

Trotz alledem und gerade deswegen: „Seizing opportunities“ ist für die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) gleichzeitig Motto und Motivation. Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft suchen wir gemeinsam nach Antworten auf schwierige Fragen: Wie können wir Wege zur konstruktiven Konfliktbearbeitung und Friedensförderung finden und – gerade angesichts schwindender Handlungsspielräume – erhalten? Welche Allianzen und Partnerschaften sind sinnvoll? Was funktioniert und wo sind Grenzen?

Angesichts weltweiter Krisen sind die FriEnt-Mitglieder mehr denn je gefordert. In der konkreten Arbeit mit den jeweiligen Partnern vor Ort. Aber auch in der Inlandsarbeit, denn das Friedensthema steht wieder hoch im öffentlichen und politischen Interesse. Bei FriEnt wollen wir uns – jenseits der Tages-

aktualität – gemeinsam der gründlichen Analyse widmen und daraus Folgerungen für die Arbeit der FriEnt-Mitglieder ableiten. Angesichts der Dynamik von Konflikten eine stetige Herausforderung und dennoch unerlässlich, um voneinander zu lernen, konfliktsensibel zu agieren und Friedenspotentiale zu nutzen.

Wir freuen uns, dass dieser Mehrwert der Arbeitsgemeinschaft auch in der im Mai 2014 in Auftrag gegebenen Evaluierung bestätigt wird. Durch die kontinuierliche Form des Austausches und der Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ist Vertrauen gewachsen, sind informelle Lernräume jenseits institutioneller Positionen entstanden und neue Zugänge geschaffen worden. Das aus allen Mitgliedsorganisationen zusammengesetzte FriEnt-Team fungiert dabei als „Brückenbauer“ und Kompetenzpool. Darüber hinaus hat FriEnt durch eine Vielzahl von Aktivitäten – darunter das neu etablierte FriEnt Peacebuilding Forum – maßgeblich zur Sichtbarkeit des Themen- und Politikfeldes sowie zur Vernetzung mit internationalen Akteuren beigetragen.

Neben dem FriEnt-Team sind für diesen Erfolg auch Christine Toetzke und Wolfgang Heinrich verantwortlich, die sich lange Jahre den Vorsitz im FriEnt-Lenkungsausschuss geteilt haben. Ihnen gebührt unser besonderer Dank! Wir freuen uns darauf, auf dieser Grundlage die gemeinsame Arbeit fortzuführen und weiterzuentwickeln.

Aachen/Berlin, Juni 2015

Michael Hippler, Misereor
Martin Hoppe, BMZ
Co-Vorsitzende des FriEnt-Lenkungsausschusses



Alles vernetzt?!

Liebe Leserinnen und Leser,

wir freuen uns, Ihnen mit dieser Rückschau auf die Jahre 2013 und 2014 wieder Einblicke in unsere Arbeit geben zu können. Die Rückschau fällt etwas ambivalent aus, denn diese Jahre waren geprägt von zwei Entwicklungen, mit denen wir uns intensiv auseinander gesetzt haben: Einerseits scheint die Welt zunehmend in Krieg und Gewalt zu versinken, die Nachrichten sind voll von Schreckensmeldungen – ob aus der Ukraine, dem Nahen Osten, Mali oder dem Südsudan. Zugleich wird an einer neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda für die Zeit nach 2015 gebastelt. Spätestens bei dieser Zusammenschau wird deutlich, dass die neue globale Agenda die Brücke zwischen Frieden, Entwicklung und Nachhaltigkeit schlagen muss.

Um dabei die Ursachen von Gewalt nicht aus den Augen zu verlieren, müssen drei Herausforderungen berücksichtigt werden, die die zukünftige Friedens- und Entwicklungsarbeit prägen werden und an denen wir auch die Struktur der vorliegenden Berichte 2013-2014 ausgerichtet haben:

1. Die Bekämpfung extremer Armut wird sich zunehmend in Regionen verlagern, die von Konflikten betroffen sind. Armut und Gewalt sind hier besonders hartnäckig: Probleme für Frieden und nachhaltige Entwicklung sind vernetzt und lassen sich nicht isoliert betrachten. Im ersten Kapitel beschäftigen wir uns mit der Frage, wie wirksame Arbeit in solchen Situationen aussehen kann. Bei allen Bemühungen bleiben dabei offene Fragen und Herausforderungen, denen sich die FriEnt-Mitglieder gegenübersehen. Unter anderem, wie wirksame Arbeit in akuten Krisen aussehen kann.
2. Traditionelle Formen der Entwicklungszusammenarbeit verlieren an Bedeutung und neue Akteure betreten die Bühne. Die westlich geprägten Vorstellungen von Friedensförderung werden damit zunehmend in Frage gestellt. Neue

Konfliktpotentiale, die sich in aufstrebenden Ländern beispielsweise aus der Ausgrenzung von sozio-ökonomischer Entwicklung ergeben, erfordern neue Partnerschaften und Netzwerke.

3. In einer Welt ökonomischer, politischer, sozialer und ökologischer Vernetzungen sind auch Konfliktursachen nicht allein lokaler Natur. Die Dynamik von Gewaltkonflikten wird von regionalen und globalen Faktoren beeinflusst – gleichzeitig haben Gewaltkonflikte Auswirkungen auf globale Entwicklungen.

Wo liegt angesichts dieser Herausforderungen die Zukunft der Friedensförderung? Wie kann Friedensförderung in einer vernetzten, komplexen Welt weiterhin konstruktive Beiträge leisten? Auf der einen Seite beobachten wir mit Sorge, dass die derzeitige Debatte zu einseitig auf die Symptome von Gewalt und deren kurzfristiger Bearbeitung fokussiert. Scheinbar „alte“ Themen der Friedensförderung – wie sozialer Zusammenhalt, Versöhnung oder Vertrauen – sind jedoch noch lange keine alten Hüte, sondern aus unserer Sicht Voraussetzungen, um die nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen. Auf der anderen Seite sehen wir die Notwendigkeit für neue Ansätze und Partnerschaften, mit denen wir uns im letzten Kapitel beschäftigen.

Auch zukünftig wird sich FriEnt mit diesen Herausforderungen auseinandersetzen. Unser herzlicher Dank geht an unsere Interviewpartner und an alle, die uns in den letzten Jahren tatkräftig unterstützt und begleitet haben. Wir freuen uns auf eine weitere intensive Zusammenarbeit!

Natascha Zupan
Leiterin FriEnt-Team

Marc Baxmann
Kommunikation



Die politische Dimension nachhaltiger Entwicklung stärken

► Entwicklung und Gewalt

Die Post-2015-Agenda erbt eine Herkulesaufgabe von den Millenniumsentwicklungszielen: Die Bekämpfung extremer Armut. Zunehmend – so zeigen die Trends – wird sich diese in Konfliktregionen finden. Bereits jetzt hinken Staaten, die von Konflikt und Gewalt betroffen sind, bei der Erreichung der Entwicklungsziele am weitesten hinterher. Konflikt und Gewalt werden daher oft auch als „letzte Meile“ der Bekämpfung extremer Armut bezeichnet. Ein reines „Weiter so“ ist hier keine Option. Vielmehr braucht es neue Ansätze, um Entwicklungszusammenarbeit in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten wirksamer zu machen, Silos zwischen Friedensförderung und Entwicklungszusammenarbeit aufzubrechen und Konfliktsensibilität zu verankern. Aber es gibt auch Grenzen, die es anzuerkennen gilt.

Komplexe Probleme – wie chronische Armut, Marginalisierung und strukturelle Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen – sind in erster Linie politischer Natur und lassen sich nicht mit vorgefertigten technischen Ansätzen lösen. Dies war eine zentrale Botschaft des ersten FriEnt Peacebuilding Forums, das im Mai 2014 in Berlin stattfand. Selbst scheinbar technische Herausforderungen, wie die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen oder das Management natürlicher Ressourcen, haben immer einen politischen Kern. Gerade in fragilen und von Konflikten betroffenen Ländern sehen sich entwicklungs- und friedenspolitische Akteure mit solch komplexen Problemen konfrontiert, die von Mehrdeutigkeit, Unsicherheit und Unvorhersehbarkeit geprägt sind.

Aber wie kann die Arbeit in solchen Kontexten aussehen? Ein Impuls aus der Komplexitätstheorie auf dem FriEnt Peacebuilding Forum regte an, dass externe Akteure vielmehr nationale und innergesellschaftliche Friedensprozesse anregen und begleiten sollten, als sich selbst als Problemlöser zu verstehen.

Ausgangspunkt müsse ein gemeinsames Verständnis der politischen Interessen aller am Konflikt beteiligten Gruppen und deren Beziehungen untereinander sein. So gestaltet könne Entwicklungszusammenarbeit über das Do no harm Prinzip hinausgehen und positive Beiträge zu nachhaltigem Frieden leisten.

Problematische Wirkungsorientierung

In zwei FriEnt-Publikationen zur Wirkungsbeobachtung wird jedoch festgestellt: Die derzeitige Ausrichtung der Wirkungsorientierung auf Kontrolle verhindert de facto eine Verbesserung der Resultate. Dies liegt vor allem daran, dass Wirkungsorientierung der Komplexität vieler Situationen nicht gerecht wird. Während sich zwar leicht beziffern lässt, wie viele Kinder geimpft oder eingeschult wurden, lässt sich nur schwer messen, wie viele Machtverhältnisse oder soziale Beziehungen sich verändert haben. Zu wenig wird hier häufig berücksichtigt, dass Prozesse des sozialen Wandels nicht linear verlaufen, sondern

◀ Baustelle in Kwajok/Südsudan. Foto: GIZ/Michael Tsegaye

vielschichtig und unvorhersehbar sind. Der direkte Einfluss eines Entwicklungs- oder Friedensprogramms ist dabei eher die Ausnahme als die Regel.

Lokale Perspektiven ins Zentrum rücken

Lokale Akteure sollten nicht nur selbst die Gestalter von Veränderungsprozessen sein, sie verstehen die Beziehungen und verborgenen Agenden der verschiedenen Stakeholder auch wesentlich besser als externe. Vor diesem Hintergrund sind die Erkenntnisse des CDA-Projekts „Time to listen“, die 2013 im Rahmen eines FriEnt-Fachgesprächs vorgestellt und diskutiert wurden, ernüchternd: Wie mechanisch werden demnach technische Pakete geschnürt und ausgeliefert, die die notwendige Anpassung an den lokalen Kontext nicht berücksichtigen.

Mit großen Hoffnungen in 2011 gestartet, sollte der New Deal for Engagement in Fragile States Abhilfe schaffen und nicht



◀ Bar in Kpalimé/Togo.
Foto: Helge Bendl/Brot für die Welt

weniger als einen Paradigmenwechsel in der Zusammenarbeit mit fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten einleiten – weg von klassischen Geber-Nehmer Beziehungen, hin zur Nutzung lokaler Kapazitäten und Strukturen, zu mehr Transparenz und abgestimmtem Geber-Engagement. Jedoch, so der Tenor vieler Inputs auf diversen FriEnt-Veranstaltungen, bleibe das Potential des New Deal noch ungenutzt. Dies liege, so Hafeez Wani vom South Sudan NGO Forum im Interview, in erster Linie an der unzulänglichen Beachtung der politischen Dimensionen des New Deal:

Warum konnte der New Deal die Erwartungen im Südsudan nicht erfüllen?

Es wäre unfair, den New Deal dafür verantwortlich zu machen, dass der Friedensprozess im Südsudan gescheitert ist. Die Gründe dafür waren bereits in der Zeit vor dem Friedensabkommen angelegt. Allerdings konnte der New Deal die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen. Dies lag zum einen daran, dass sich weder Geber noch der Staat noch die Gesellschaft

FriEnt-Aktivitäten

Die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten sowie die notwendige Verzahnung von Prozessen standen im Mittelpunkt der folgenden FriEnt-Veranstaltungen:

Die EU, Krisenprävention und Friedensförderung (Oktober 2013)
International Dialogue, New Deal and the Post-2015 Development Agenda – Adequate responses to greater complexity? (Peacebuilding Forum 2014)

A New Deal for the Peacebuilding Commission? (November 2014)

Menschenrechte und Friedensförderung zusammen denken – und umsetzen! (Dezember 2014)

FriEnt ist außerdem Mitglied in der Civil Society Platform on Peacebuilding and Statebuilding (CSPPS), die die Umsetzung des New Deal begleitet.

ausreichend für den New Deal stark gemacht und diese sich untereinander auch zu wenig ausgetauscht haben. Dies wäre aber notwendig gewesen, damit der New Deal in einem Land wie dem Südsudan mit seiner komplexen Politik und historischen Problemen funktionieren kann. Darüber hinaus war der New Deal nicht in der Lage, die tatsächlichen Konfliktursachen zu identifizieren und fokussierte mehr auf technische Prozesse anstatt den ehrlichen Dialog zwischen den Konfliktparteien voranzutreiben.

Wie können die politischen Dimensionen des New Deal, wie Inklusivität, Transparenz und Rechenschaftspflicht, in der Umsetzung gestärkt werden?

Wichtig wäre, dass sich führende Abgeordnete und andere politische Entscheidungsträger stärker engagieren, um den politischen Willen sowohl auf Geber- als auch auf g7+-Seite zu stärken. Nur so kann der New Deal sein Potential entfalten und dazu beitragen, dass sich die Debatten jenseits technischer Prozesse mehr in Richtung der relevanten und dann manchmal eben auch heiklen politischen Fragen bewegen. Geber und g7+Länder müssen außerdem interne politische Leitlinien entwickeln, um Klarheit über den Stellenwert des New Deal zu schaffen und herauszustellen, wie dieser trotz der Komplexität in Post-Konflikt-Ländern umgesetzt werden kann. Aber auch die Zivilgesellschaft muss klären, welche Rolle sie bei der Umsetzung des New Deal einnehmen und inwiefern sie einen unabhängigen Beitrag zum Erfolg des New Deal leisten kann und will.

Welche Rolle spielt die lokale Zivilgesellschaft?

Zum einen kann sie Bürgerinnen und Bürger über den New Deal informieren und damit die Rechenschaftspflicht und Verantwortung des Staates gegenüber seiner Bevölkerung erhöhen. Zum anderen kann sie auch eine wichtige Rolle bei der Einbeziehung des Privatsektors spielen, indem sie dessen Rolle bei der Umsetzung des New Deal stärkt, um damit die Nachhaltigkeit lokal geleiteter Prozesse zu verbessern. Bei der Stärkung des politischen Dialogs kann die lokale Zivilgesellschaft von ihren Partnern im Norden profitieren, da diese bessere Zugänge zu Geberregierungen haben.



Bildung – Gesundheit – soziale Sicherung: Schlüsselbereiche für Friedensförderung

Der Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und sozialen Sicherungssystemen ist für die 1,5 Milliarden Menschen, die in fragilen und von Gewaltkonflikten betroffenen Staaten leben, häufig nicht mehr als ein Traum. Fragile Staaten sind entweder nicht in der Lage oder nicht willens, staatliche Kernfunktionen zu erfüllen und soziale Dienstleistungen zu erbringen. Entsprechend geschwächt ist das Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen.

Entwicklungszusammenarbeit steht in diesen Situationen vor besonderen Herausforderungen, die mit technischen Ansätzen und „business as usual“ allein nicht zu bewältigen sind. Friedensförderung hingegen ignoriert häufig die Rolle der sozialen Sektoren und damit die unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen und konzentriert sich auf den Aufbau effektiver Institutionen, die Unterstützung von Wahlprozessen oder Reformen im Sicherheits- und Justizbereich. Immer wieder wird in FriEnt-Fachgesprächen und Länderrundtischen das ungenutzte Potential deutlich, dass in einer engeren Verknüpfung von Friedensförderung mit den sozialen Sektoren liegt.

Auch in den internationalen Rahmenwerken für Friedensförderung, wie dem Weltentwicklungsbericht 2011 der Weltbank oder dem New Deal, wird das Potential von sozialen Dienstleistungen für Friedensförderung betont: Quantität, Zugang und Qualität stillen grundlegende Bedürfnisse, beheben Missstände und können Ungleichheiten als Konfliktursachen entschärfen oder gar überwinden. Die Potentiale für ein konkretes Zusammenwirken in der entwicklungspolitischen Friedensförderung sind dabei umfassend:

- Die effektive und gerechte Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen durch den Staat in unmittelbaren Postkonfliktsituationen kann als „Friedensdividende“ eine Rückkehr zur „Normalität“ vermitteln und Spannungen reduzieren. Zudem kann das Vertrauen in den Staat gefördert und die Legitimität des Staates in den Augen der Bevölkerung gestärkt werden.
- Ein effektives, konflikt sensibles und gerechtes Management von sozialen Dienstleistungen sowie ein inklusiver und transparenter Zugang können Rechenschaftspflicht fördern und Konfliktursachen abbauen.
- Die Versorgung mit sozialen Dienstleistungen kann gezielt und signifikant zum sozialen Zusammenhalt zwischen verschiedenen Gruppen beitragen. Entwicklungspolitische Programme können Plattformen werden für Dialog, Kooperation, Versöhnung und soziale Transformation.

Soziale Dienstleistungen können Konfliktpotentiale und Fragilität allerdings auch verschärfen, wenn Ungleichheiten zwischen Gruppen geschaffen oder befördert oder durch Diskriminierung und Marginalisierung soziale Gräben vertieft werden. Um dies zu verhindern, gilt es in den Blick zu nehmen: Welche Rolle spielte die Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen vor, während und nach einem Gewaltkonflikt? Hat ein ungerechter Zugang Konfliktpotentiale befördert? Welche Rolle haben staatliche Institutionen im Konflikt gespielt? Außerdem können Gewaltkonflikte schwerwiegende Auswirkungen auf die Infrastrukturen sozialer Dienste haben und – neben beschädigten Einrichtungen – zu Misstrauen und Ablehnung staatlicher Legitimität führen. Wichtig ist daher, die Stärkung der Beziehungen zwischen Gesellschaft und Staat sowie zwischen und innerhalb von Gruppen in den Blick zu nehmen.

„Wir brauchen sektorspezifische Konfliktanalysen“

Interview mit Dr. Rüdiger Blumör, GIZ-Projektleiter Friedenserziehung in Sri Lanka

Worin liegen Ihrer Meinung nach die wichtigsten Beiträge von Bildung für Friedensförderung?

Da Bildungssysteme meistens ein Spiegelbild der Gesellschaft sind, kann Bildung strukturelle Konfliktursachen wie gesellschaftliche Segregation proaktiv angehen. In Sri Lanka werden beispielsweise in nur fünf Prozent der öffentlichen Schulen verschiedene Ethnien gemeinsam und mehrsprachig unterrichtet. Statt einer nationalen Identität fördert ein solches Schulsystem Gruppenidentitäten, was Spannungen und die Anfälligkeit für Politisierung erhöht. Wenn die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Religion oder Sprache Bildungschancen bestimmt, geht es in Konflikt- oder Postkonfliktsituationen darum, Bildungsgerechtigkeit über einen gerechten Zugang für alle Bevölkerungsgruppen zu schaffen. Auszuloten sind dafür die Möglichkeiten und Grenzen für strukturelle Reformen der Bildungspolitik. Die Förderung integrativer Schulen oder ein Religionsunterricht mit einer Orientierung auf Unterricht über Religion statt Unterricht einer Religion spielen eine wichtige Rolle. Einzelne Maßnahmen wie Schülerbegegnungsprogramme können das friedliche Zusammenleben fördern, strukturelle Weichenstellungen hingegen nur bedingt überbrücken.

So oder so, damit zielgruppenorientierte Maßnahmen stabilisierende und friedensfördernde Wirkungen entfalten können, müssen diese konfliktsensibel ausgestaltet sein. So gilt es beim Schaffen von Bildungschancen, wie beispielsweise für syrische Flüchtlinge in den Nachbarländern, wechselseitige Wirkungen mit dem Umfeld in den Blick zu nehmen: Wie steht es zum Beispiel um die Bildungschancen der einheimischen Kinder?

Was muss sich in der Bildungsförderung in fragilen und von Gewaltkonflikten betroffenen Staaten ändern?

Allgemeine Kontext- und Konfliktanalysen sind zu abstrakt und reichen nicht aus, um die Funktion eines Bildungssystems unter die Lupe zu nehmen, die Rolle von Bildungseinrichtungen zu erfassen und Ansatzpunkte für transformative Interventionsmöglichkeiten zu erkennen. So braucht es sektorspezifische Konfliktanalysen, um zu verstehen, dass es in Sri Lanka nicht in erster Linie um den Zugang zu Schulen an sich geht, sondern um ein besseres Verständnis von Fragen der Bildungsgerechtigkeit. Wenn in ethnisch und sprachlich segregierten Schulen eher gruppenspezifische als nationale Identitäten gefördert werden, erhält der Wettbewerb um privilegierte Schulplätze und weiterführende Bildungsmöglichkeiten eine ethnische Ausprägung.

Sektorspezifische Analysen bringen möglicherweise aber den Umgang mit Fragen auf, die mitunter außerhalb des Einflussbereiches eines Bildungsvorhabens liegen: Soll die national empfohlene Einrichtung von ethnische und sprachliche Gruppen integrierenden Schulen in allen Provinzen unter-

FriEnt-Aktivitäten

Als zentrales Beispiel für die Bedeutung von sozialen Dienstleistungen für Friedensförderung haben sich die FriEnt-Mitglieder in einer Arbeitsgruppe mit der Verankerung der Themen Friedensförderung und Krisenprävention im Sektor Bildung beschäftigt. Auch im Rahmen des Peacebuilding Forums fand eine Veranstaltung dazu statt:

The renaissance of social services for peacebuilding (Peacebuilding Forum – Mai 2014)



↗ Unterricht im jordanischen Flüchtlingscamp Za'atari.
Foto: Act Alliance/Paul Jeffrey

stützt werden, wenn deren überschaubare Anzahl nahelegt, dass die im Schulsystem tief verankerten segregierenden Strukturen reproduziert werden – und strukturelle Maßnahmen, Schulen anders aufzustellen, unberührt blieben? Im Erkennen solcher Fragen als Grundlage für kontextspezifische, relevante und friedensfördernde Bildungsvorhaben liegen Potential und Mehrwert von sektorspezifischen Analysen im Bildungsbereich. Bei der Entwicklung von solchen Analysen gibt es derzeit noch Luft nach oben, begleitet von der Herausforderung, die dafür notwendigen Ressourcen bereitzustellen und das Zusammenbringen fachlicher Kompetenzen und Kapazitäten in unseren Verfahren zu etablieren.



Ernährungssicherung in fragilen Kontexten – Eine Welt ohne Hunger in einer Welt voller Konflikte?

Die Post-2015-Agenda soll die letzte Runde im globalen Kampf gegen Hunger und Mangelernährung einläuten. Um diesen Kampf bis 2030 zu gewinnen, müssen jedoch die Lehren aus der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) gezogen werden. Tatsächlich gibt es hier beachtliche Fortschritte zu vermeiden: Die Zahl der Hungernden ist in den vergangenen Jahren weltweit zurückgegangen. Nach Angaben der UN-Welternährungsorganisation FAO gelang es in 25 Ländern, die Anzahl der Hungernden seit 1990 zu halbieren.

Aber abgesehen von diesen Teilerfolgen hungern weltweit immer noch 795 Millionen Menschen. Nachhaltige Erfolge der Hungerbekämpfung sind insbesondere durch gewaltsame Konflikte und andere Krisen zunehmend gefährdet. Das hat nicht erst das „Krisenjahr“ 2014 gezeigt. Die Weltbank wies bereits im Weltentwicklungsbericht 2011 darauf hin, dass die Entwicklungserfolge der vergangenen 30 Jahre an den 1,5 Milliarden Menschen in Konfliktregionen vorbeigegangen sind. Keines der von gewaltsamen Konflikten, Bürgerkriegen und Fragilität betroffenen Länder, die ein niedriges Pro-Kopf-Einkommen aufweisen, hat auch nur ein einziges MDG erreicht. Millionen von Menschen sind aus diesen Regionen auf der Flucht vor Gewalt und Zerstörung sowie Hunger und Armut. Die Ernährungslage vor Ort ist für viele nicht gesichert.

FriEnt hat vor diesem Hintergrund die Zusammenhänge zwischen Ernährungssicherheit einerseits und Konflikten andererseits immer wieder thematisiert: Ernährungsunsicherheit und damit verbundener Hunger können einerseits durch Krieg, Flucht, Vertreibung und strukturelle Gewalt ausgelöst werden und sind damit Symptom für Gewalt und Ungleichheit. Ebenso sind Ernährungsunsicherheit, Hunger und der ungleiche Zugang zu natürlichen Ressourcen aber auch Ursache für Konflikte und Auslöser von Gewalt.

Engagement im Bereich der Ernährungssicherung spricht innergesellschaftliche Widersprüche und Ungerechtigkeiten an und findet dadurch immer in einem konflikträchtigen Umfeld statt. Werden die bestehenden Konflikte nicht berücksichtigt, kann Ernährungssicherheit unbeabsichtigt zur Eskalation von Gewalt beitragen. Andererseits können friedensfördernde Ansätze, die die Lebenssituation der betroffenen Bevölkerung in Hinblick auf die Ernährungssituation und den Zugang und die Nutzung der natürlichen Ressourcen nicht in den Blick nehmen, kaum zur nachhaltigen Konfliktbearbeitung und Überwindung von Gewalt beitragen.

Eine Welt ohne Hunger ist möglich, aber nur dann, wenn Ernährungssicherung und humanitäre Hilfe konfliktsensibel gestaltet und mit friedensfördernden Maßnahmen verbunden werden. Dies benötigt vielfältige Allianzen und Kooperation zwischen Entwicklungs- und Friedensarbeit sowie mit anderen Akteuren und Politikfeldern wie etwa der Handels- und Außenpolitik. Die Vorbeugung von Krisen und Gewalt sind gemeinsam mit der Hungerbekämpfung die drängendsten Herausforderungen unserer Zeit und erfordern ein kohärentes Vorgehen.

„Den Teufelskreis von Hunger und Gewalt durchbrechen“

Interview mit Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin von Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst und Diakoniekatastrophenhilfe

Was sind derzeit die größten Herausforderungen in der Ernährungssicherung?

Wir müssen erkennen, dass Ernährungssicherung nicht nur eine technische Frage ist, sondern immer auch eine politische: Die aktuellen humanitären Krisen – ob im Irak oder in Syrien,

in der Ukraine, im Südsudan, am Horn von Afrika, in der Zentralafrikanischen Republik oder die Ebola-Krisen in Westafrika – finden nahezu ausnahmslos im Umfeld von Gewalt und fragiler Staatlichkeit statt. Ernährungssicherung ist in diesen Situationen nicht per se Friedensförderung, sondern auch mit dem Risiko behaftet, zusätzliche Konflikte zu schaffen bzw. vorhandene zu verschärfen und zu verlängern. Leider bleibt angesichts der extremen operativen Belastungen häufig kaum Zeit, den Konfliktkontext so gründlich zu analysieren, um Ernährungssicherung konfliktensibel auszugestalten und Strategien der Konfliktbearbeitung zu integrieren.

Welche Faktoren führen neben Gewalt und Fragilität zusätzlich zu Ernährungsunsicherheit und was müsste dagegen getan werden?

Ernährungssicherheit ist durch eine Vielzahl von Faktoren gefährdet. Allein durch den Klimawandel entsteht ein großer Anpassungsdruck in vielen Ländern, um eine ausreichende



▲ Dr. Wolfgang Jamann (Welthungerhilfe), Dr. Imme Scholz (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik) und Ralf Südhoff (World Food Programme) diskutieren anlässlich des UN-Friedens-tags 2014 über Ernährungssicherung und Friedensförderung. Foto: Marius Müller-Hennig

landwirtschaftliche Produktion dauerhaft zu sichern. Hinzu kommen der steigende globale Fleischkonsum und der Bedarf an Biotreibstoffen. Oft beißt sich hier der Hund in den Schwanz: Globale Trends und Marktdynamiken verschärfen bereits existierende Verteilungsprobleme und bergen Risiken für den sozialen Zusammenhalt der lokalen Gemeinschaft. Dies kann Konflikt dynamiken verschärfen und damit wiederum Auswirkungen auf Ernährungssicherheit haben. Den Betroffenen fehlt häufig eine politische Stimme, Durchsetzungskraft für konstruktive Lösungen sowie eine einkommenssichernde Beschäftigung, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Ihre wirtschaftliche, soziale und politische Marginalisierung und mangelnde Teilhabe sind somit zentrale Faktoren für Hunger und die Verschärfung sozialer Konflikte.

FriEnt-Aktivitäten

Im Rahmen des UN-Friedens-tags organisiert FriEnt gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst seit mehreren Jahren eine öffentliche Podiumsdiskussion zu aktuellen Themen der Friedens- und Entwicklungspolitik. Thema der Veranstaltung 2014 war:

Eine Welt ohne Hunger in einer Welt voller Konflikte? Herausforderungen und Chancen an der Schnittstelle zwischen Ernährungssicherung und Friedensförderung (September 2014)

Außerdem arbeitet FriEnt im „Arbeitskreis Welternährung“ mit und hat sich aktiv in die Konferenz „Policies against hunger“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft eingebracht.

Wie könnte eine Welt ohne Hunger in einer Welt voller Konflikte funktionieren?

Entwicklung geht immer einher mit gesellschaftlicher Auseinandersetzung und damit verbundenen Konflikten. Aus unserer Sicht sind diese Konflikte nicht per se negativ, sondern notwendig, um Wandel herbeizuführen. Aber Gewaltfreiheit steht dabei im Zentrum. Um also solche Konflikte ohne Gewalt zu lösen, müssen Ernährungssicherung und Friedensförderung Hand in Hand gehen. Internationale Akteure müssen dabei besonders die lokalen Akteure und ihre Ansätze berücksichtigen, die den lokalen Kontext in seiner Komplexität und die Konflikt- wie auch die Friedenspotentiale genau kennen.

So setzen sich beispielsweise unsere zivilgesellschaftlichen Partner in Sierra Leone für die Überwindung der humanitären Probleme nach der Ebola-Krise und für Ernährungssicherung ein, unterstützen kleinbäuerliche Produzenten vor Ort, bringen sich aktiv in die nationalen Debatten um die Agrar- und Landpolitik ein, begleiten Investitionsprojekte im landwirtschaftlichen Bereich und fordern die Umsetzung internationaler Rahmenrichtlinien und die Einhaltung des Menschenrechts auf Nahrung ein. Gleichzeitig agieren sie auf Graswurzelebene mit den Betroffenen gemeinsam, bieten Ausbildung im Bereich Konfliktbearbeitung und -management an und organisieren Rechtsberatung für Menschen, die von ihrem Land vertrieben wurden.

Unsere Aufgabe ist es, diese Partner und ihre umfassenden Ansätze zu stärken und zu fördern. Gleichzeitig müssen wir uns für die Einhaltung verbindlicher internationaler Rahmenrichtlinien einsetzen und diese von der Politik wie auch von Unternehmen, die sich im Ernährungssektor engagieren, einfordern. Konfliktsensibilität ist dabei eine der Grundvoraussetzungen, die für die Bewältigung des Hungerproblems unverzichtbar ist.



Krisenzeiten in Nordafrika und Nahost: Entwicklungszusammenarbeit in der Sackgasse?

Der „Arabische Frühling“ hatte Hoffnungen auf politische Reformen in vielen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens genährt. Doch fast fünf Jahre später zeigt sich ein verstörendes Bild, geprägt von Krieg, Gewalt und erodierender Staatlichkeit, der größten Flüchtlingskrise in der Geschichte der Vereinten Nationen, einer Zunahme von Geopolitik und Stellvertreterkonflikten zwischen Regionalmächten, dem Wiedererstarken von Autoritarismus und der Zunahme religiös motivierter Gewalt, Terror und sektiererischem Handeln – ganz zu schweigen vom weiterhin ausbleibenden Nahostfriedensprozess. Einzig Tunesien scheint den friedlichen Transformationsprozess trotz Rückschläge durch Terroranschläge fortsetzen zu können.

Unvorhersehbarkeit und Unübersichtlichkeit

Angesichts dieser Situation bedarf es der selbstkritischen Diskussion über realistische Handlungsoptionen und Ziele in einem Kontext, in dem eine klare Orientierung fehlt. Hierzu gehört auch, dass Wirkgrenzen und die Abwesenheit einfacher Lösungen anerkannt und in den politischen Raum sowie gegenüber Partnern offen kommuniziert werden. Dies bestätigten auch die Teilnehmenden von FriEnt-Veranstaltungen im Rahmen derer sie sich unter anderem über die Herausforderung austauschten, mit den Ereignissen vor Ort Schritt zu halten, zusätzlich bereitgestellte Sondermittel zu bewirtschaften und gleichzeitig die Zusammenarbeit mit Partnern fortzuführen.

Wenig überrascht daher die Einschätzung, dass derzeit viele Ressourcen in das Krisenmanagement fließen; für strategische Diskussionen und Reflexionen hingegen wenig Zeit bleibt. Dabei erfordert die neue Unübersichtlichkeit einen intelligenten Umgang mit Unsicherheiten und ungeplanten Entwicklungen, der mittelfristig nur mit zusätzlichen professionellen und institutionellen Ressourcen zu gewährleisten ist. Auf politisch-strategischer Ebene würde dies bedeuten, Gestaltungsanspruch und

-grenzen, Interessen, Ziele, Strategien und Instrumente so zu benennen, dass langfristige politische Anliegen wie Konfliktbearbeitung und „early action“ in den Vordergrund rücken.

Kritische Bestandsaufnahme entwicklungspolitischer Handlungsoptionen

Akut erfordert die Not der Menschen vor Ort die Überwindung von politischem und konzeptionellem „Silodenken“: die Flüchtlingskrise zeigt eindringlich, dass humanitäre Hilfe, Entwicklungs- und Friedensarbeit stärker zusammenwirken müssen. Hierzu gehört auch, mögliche Zielkonflikte mit der Außen- und Sicherheitspolitik, zum Beispiel bei der Stabilisierung und Terrorismusbekämpfung, offen auszuhandeln und unpopuläre Fragen wie den Umgang mit islamistischen Akteuren zu stellen.

Für die Handlungsfähigkeit vor Ort bestätigten die Teilnehmenden der FriEnt-Veranstaltungen, dass der Aufbau von Netzwerken, Beziehungen und Kontextwissen Voraussetzung ist, um Geschehnisse, das Agieren lokaler Akteure und die eigene Rolle im System einordnen zu können. Do no harm-Checks sind wichtig, um gesellschaftliche Polarisierungen zu vermeiden und Friedenspotenziale identifizieren zu können. Doch bleiben viele Fragen zur konkreten Arbeit in Kriegssituationen offen. Eine Diskussion dieser „Knackpunkte“ ist nötig, um dem politischen Anspruch nach mehr „deutscher Verantwortung“ auch aus entwicklungspolitischer Perspektive zu begegnen.

Was bleibt von den friedlichen Massenprotesten?

Positive Potentiale, wie die Vernetzung und Mobilisierungsfähigkeit und das erstarkte politische Bewusstsein der Menschen vor Ort bleiben trotz Gewalt und Krieg bestehen. Hierauf sollte eine langfristig ausgerichtete entwicklungspolitische

◀ Inzwischen verläuft vieles in der Sackgasse... Foto: Schliack/laif

Friedensarbeit aufbauen und politische Foren und Initiativen dabei unterstützen, Konfliktursachen zu überwinden. Partnerschaftliche und prozessorientierte Ansätze, die über althergebrachte „Nord-Süd“ und „Geber-Nehmer-Dichotomien“ hinausgehen, werden für das Gelingen und die eigene Glaubwürdigkeit Voraussetzung sein.

„Wir sollten uns vor Allmachtsphantasien hüten“

Interview mit Dr. Christiane Bögemann-Hagedorn, BMZ-Unterabteilungsleiterin für Südost- und Osteuropa, Südkaukasus, Nordafrika/Nahost und Lateinamerika

Krisen als „Normalzustand“ in der Entwicklungszusammenarbeit – wie reagiert das BMZ?

In Nordafrika/Nahost und Osteuropa haben wir es mit großen regionalen Krisen zu tun. Hinzukommen „eingefrorene Konflikte“ z.B. in Moldau und dem Südkaukasus. Auch auf dem Balkan

FriEnt-Aktivitäten

Möglichkeiten, Grenzen und Ansätze entwicklungspolitischer Friedensarbeit in Transformationsprozessen und akuten Konflikten wurden im Rahmen von Runden konkret an den Beispielen der Syrienkrise und Ägypten diskutiert und bearbeitet:

Austausch von Aktivitäten und Planungen zu Syrien (Juni 2013)

Transformationsprozess: Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure und Möglichkeiten der externen Unterstützung in Ägypten (September 2013)

Erstellung eines internen Projekt- und Partnermapping für die Syrienkrise (November 2013)

Konfliktsensible Handlungsansätze und Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure in Syrien (April 2014)

Wohin steuert Ägypten? Einschätzungen von den Partnern vor Ort (April 2014)

Finanzierungsinstrumente und programmatische Herausforderungen für die Arbeit in Syrien und den Anrainern (Dezember 2014)



▲ ...was vor über vier Jahren hoffnungsvoll begann.
Foto: Arne Hoel/World Bank

bestehen Konfliktpotentiale fort. Von daher verdient Osteuropa auch jenseits der Ukraine alle entwicklungspolitische Aufmerksamkeit. Ebenso sollten wir den Nahostkonflikt nicht aus den Augen verlieren, der wachsendes Eskalationspotential und Nährboden weiterer Gewalt, auch im Kontext IS, in sich birgt.

Für mich stehen die Entwicklungen in Nordafrika/Nahost nicht für ein Scheitern der Entwicklungspolitik. Entwicklungszusammenarbeit kann gesellschaftliche Entwicklungen und politische Prozesse in den Partnerländern nicht ersetzen, sondern nur begleiten, flankieren und unterstützen. In der Region konzentriert sich unsere Zusammenarbeit auf zentrale krisenpräventive und stabilisierende Bereiche, wie die nachhaltige Versorgung mit und Bewirtschaftung der knappen Konfliktressource Wasser, die Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die Sonderinitiative MENA, die Bundesminister Dr. Gerd Müller zur Stabilisierung der Region für die Jahre 2014 bis 2016 mit bisher 200 Millionen Euro (für 2016 sind weitere 100 Millionen geplant) aufgelegt hat, finanziert Maßnahmen der Stabilisierung, der Beschäftigungsförderung, der Demokratisierung auch über zivilgesellschaftliche Akteure. Mit einem Infrastrukturprogramm über 1,7 Milliarden Euro für 2015 bis 2018 werden stabilisierende Investitionen insbesondere in den Bereichen kommunaler und sozialer Infrastruktur und beruflicher Bildung in der Ukraine, der MENA-Region und Westafrika getätigt. Im Kontext der Syrienkrise mit heute 12 Millionen Flüchtlingen und internen Vertriebenen hat die Bundesregierung seit 2012 rund eine Milliarde Euro für die humanitäre Versorgung aufgewendet.

Welche Rolle spielt die Entwicklungspolitik im Konzert mit anderen Politikfeldern?

Wir sollten nicht nur auf die Entwicklungspolitik schauen. Die regionale Reichweite der Krisen zeigt, dass es sich besonders auch um außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen handelt. Und die Flüchtlingskrise verdeutlicht, dass wir auch jenseits dieser Politikfelder handeln müssen, z.B. im Feld der Innenpolitik, wenn EU und Weltgemeinschaft den Flüchtlingen mittelfristig eine Lebensperspektive bieten wollen. Das BMZ arbeitet daher eng und vertrauensvoll mit anderen Ressorts, vor allem dem Auswärtigen Amt, zusammen. Wir haben spezifische Formate des regelmäßigen Ressortaustausches entwickelt.

Für die Entwicklungspolitik sehe ich eine wichtige Rolle in den Bereichen Prävention und Stabilisierung aber auch der Vorbereitung von Wiederaufbau. Wir können auch im Konflikt in einzelnen Fällen dazu beitragen, vorhandene technokratische Strukturen aufrecht zu erhalten, um bei Friedenseintritt kein Libyen-Szenario vorzufinden. Ich denke, dass wir die enormen Herausforderungen und Lernprozesse bestmöglich gestaltet haben. Die tägliche Realität der Krisen lehrt uns dennoch, uns vor entwicklungspolitischen Allmachtsphantasien zu hüten.



Friedensförderung als globale Zukunftsaufgabe

➤ Friedensförderung „beyond aid“

Internationale Zusammenarbeit für Frieden und Entwicklung befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Nicht nur wird sich extreme Armut zunehmend in Konfliktregionen konzentrieren, auch in Ländern mit mittleren oder hohen Einkommen ist friedliche Entwicklung und gesellschaftliche Kohäsion durch wachsende Ungleichheit, mangelnde Teilhabe oder organisierte Kriminalität gefährdet. Konfliktursachen und -potentiale sind in einer vernetzten Welt auch globaler Natur und erfordern globale Antworten. „Beyond aid“ hat sich als Sammelbegriff etabliert, mit dem diese Herausforderungen erfasst werden. In vielen Rundtischgesprächen und Fachgesprächen sind wir damit konfrontiert, welche Auswirkungen diese Trends auf Friedensförderung haben.

Landgrabbing, Flüchtlingskrise, organisierte Kriminalität und neue Gewaltformen, Finanzkrise, Ebola, Klimawandel, die Renaissance geostrategischer Auseinandersetzung, Radikalisierung – die letzten beiden Jahre waren nicht gerade arm an Hiobsbotschaften und besorgniserregenden Entwicklungen. So unterschiedlich diese Phänomene dabei auch sein mögen, so sind sie gleichermaßen gekennzeichnet von ihrem globalen Charakter mit Auswirkungen auf lokale Konflikt dynamiken. Und zwar nicht nur in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten, sondern ebenso in Ländern mit mittleren und hohen Einkommen.

In einer eng vernetzten Welt werden die globalen Herausforderungen für die Prävention von Gewalt und die Bearbeitung von Konflikten immer wichtiger. So wird die Dynamik von Gewaltkonflikten anderswo auch von unseren Konsum- und Produktionsweisen beeinflusst – gleichzeitig haben Gewaltkonflikte Auswirkungen auf nachhaltige Entwicklung in anderen Ländern. Die Vielzahl neuer, teilweise längst überwunden

geglaubter Herausforderungen betrifft auch die deutsche Gesellschaft und löst Verunsicherungen aus. Eine Abgrenzung von Friedens- und Nachhaltigkeitspolitik ist also nicht länger sinnvoll. Sie ergänzen und bedingen sich vielmehr gegenseitig.

Auch in den Diskussionen zur Post-2015-Agenda, die FriEnt in den letzten beiden Jahren begleitet hat, ist schnell klar geworden, dass nur ein umfassender und universeller Ansatz den komplexen Zusammenhängen gerecht werden kann. So bringt die Post-2015-Agenda nicht nur die sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und politischen Dimensionen von Nachhaltigkeit zusammen, sondern auch einen weiteren Paradigmenwechsel mit sich: Waren die Millenniumsentwicklungsziele noch vornehmlich an Entwicklungsländer gerichtet, wird die neue Agenda für alle Länder konzipiert und nimmt universelle Gültigkeit in Anspruch. Frieden wird damit zu einem gemeinsamen globalen Ziel – Friedensförderung zur globalen Zukunftsaufgabe.

„Verantwortliche Friedenspolitik fängt zu Hause an“

Interview mit Michael Hippler, Leiter der Abteilung Katholische Zentralstelle beim Bischöflichen Hilfswerk MISEREOR über Friedensförderung in einer komplexen und globalisierten Welt.

Viel war in den letzten beiden Jahren von Deutschlands neuer Verantwortung die Rede. Was bedeutet das für Sie in Hinblick auf Krisen und globale Zukunftsfragen?

Die Rasanzen und Vehemenzen zunehmender Konflikte sowie die Unübersichtlichkeit der Zahl der Akteure erfordern zu allererst eine neue Einsicht: Verantwortung übernehmen ist ein kontinuierlicher Prozess des Dialogs und nicht zuletzt des sichtbaren guten Willens, sich für den globalen Frieden zu engagieren. Leider gibt es in Deutschland auch 70 Jahre nach dem 2. Weltkrieg immer noch keine entsprechende Friedensvision. Die Außenwelt wird vielmehr als Bedrohung und weniger als Kooperationspartner für die Bearbeitung globaler Herausforderungen



↗ Rikschafahrer in Kalkutta/Indien. Foto: Bruno Morandi/laif

gen wahrgenommen. Verantwortung fängt außerdem vor der eigenen Haustür an: Sind unsere Klimapolitik, unser Handel, unser Ressourcenverbrauch, unsere Rüstungsexporte so verantwortlich, dass alle anderen nicht geschädigt werden? Verantwortung übernehmen heißt auch, sich mit den Opfern von Konflikten zu solidarisieren. Der derzeitige Umgang mit Flüchtlingen überlässt jedoch die Aufnahme der Flüchtlinge den eh schon überlasteten Nachbarländern. Wir sind also noch weit von einer verantwortlichen Friedenspolitik entfernt. Auch die Mittel für zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention sind deutlich geringer als die für militärische und humanitäre Nachsorgeoperationen.

Was erhoffen Sie sich von der Post-2015-Agenda für Friedensförderung?

Der derzeitige UN-Prozess zeigt, dass eine umfassende Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda nicht ohne Frieden gedacht

FriEnt-Aktivitäten

Die Herausforderungen für Friedensförderung in einer sich verändernden Welt und die Frage der Aufnahme des Themas Frieden in die Post-2015-Agenda wurden bei folgenden FriEnt-Veranstaltungen diskutiert:

Mehr Menschenrechte, Gerechtigkeit und Frieden wagen – wie geht der HLP-Bericht auf die Defizite der MDGs ein? (Workshop im Rahmen der Konferenz „Gemeinsam die Zukunft gestalten: Die Post-2015-Agenda – Dialog mit der Zivilgesellschaft“ – Juni 2013)

It's politics, stupid! Welche Rolle spielt Regierungsführung in der Post-2015 Agenda und wie kann ihre Umsetzung überprüft werden (Workshop im Rahmen der Konferenz „Gemeinsam die Zukunft gestalten: Die Post-2015-Agenda – Dialog mit der Zivilgesellschaft“ – Juni 2013)

Neue Verantwortung – neue Wege? Friedensförderung im 21. Jahrhundert (FriEnt Peacebuilding Forum – Mai 2014)

Endspurt zur Post-2015-Agenda. Ist die Integration von friedlichen und inklusiven Gesellschaften sowie guter Regierungsführung möglich? (Oktober 2014)

werden kann. Friedensförderung ist dabei nicht ein Aspekt unter vielen, sondern ein durchgängig mitzudenkender Faktor. Meine Hoffnung ist, dass die Auswirkung globalisierter Prozesse auf lokale Situationen stärker in den Blick geraten. So führt der Drogenkonsum in entwickelten Gesellschaften zu Bandenkonflikten und mächtigen Verbrechertartellen wie in Mexiko. Die Koalitionen von Bergbauunternehmen und lokalen Regierungen zur Maximierung kurzfristiger Renditen führt zum Raubbau, zu fragwürdigen ökologischen Ergebnissen und zu massiven Menschenrechtsverletzungen. Hier muss die internationale Gemeinschaft die Regelung von Unternehmensrechten und ihrer Verantwortung neu gestalten. Auf der Klimakonferenz in Paris erwarte ich gerade von den Ländern mit hohem CO₂ Verbrauch deutliche Zusagen zur Emissionsverringerung als sichtbares Zeichen von Verantwortung.

Vor welchen Herausforderungen stehen zivilgesellschaftliche Akteure in diesem Zusammenhang?

Die Zivilgesellschaft wird überall als notwendig zitiert, in der Realität fehlt aber die Wertschätzung ihrer eigenen Natur. Sie ist von Natur aus divers und es ist diese Diversität, die es zu würdigen gilt und die erst eine Inklusion verschiedener Interessen im Konflikt ermöglicht. Wir finden aber immer wieder Situationen vor, in denen sozialer Protest kriminalisiert wird, Registrierung von Organisationen behindert wird, Finanzierungen erschwert werden, Zugänge zu Medien nicht vorhanden sind, etc. Es braucht deshalb eine globale Agenda für die Anerkennung von Diversität und zivilgesellschaftlicher Beteiligungsformen. Innerhalb der Zivilgesellschaft gibt es eine Vielzahl von Expertise in globalen Fragen, die systematischer genutzt werden könnte. Hier ist auch eine stärkere Vernetzung dieser Organisationen notwendig.



Natürliche Ressourcen: Potentiale für Friedensförderung in einer globalisierten Welt

Laut Heidelberger Konfliktbarometer 2014 hängt eine Vielzahl innerstaatlicher bewaffneter Konflikte mit dem globalen Wettstreit um natürliche Ressourcen zusammen. Dabei geht es einerseits um extraktive Ressourcen, also die Rohstoffe, die durch bergbauliche Tätigkeiten erschlossen werden, andererseits um die Nutzung von natürlichen Ressourcen wie Land und Wasser für die Nahrungsmittelproduktion, als Lebensraum und für die industrielle Nutzung.

Globale Trends – wie steigender Welthandel, Bevölkerungswachstum, Degradation und Übernutzung, veränderte Konsummuster, der globale Energiehunger und nicht zuletzt der Klimawandel – verschärfen die Konkurrenz um Verfügbarkeit und Kontrolle von natürlichen Ressourcen. Die Diskussionen zur Post-2015-Agenda und universellen nachhaltigen Entwicklungszielen haben verdeutlicht, dass die Globalisierung auch zur Verschärfung von Konfliktpotentialen beitragen kann. Lokale Konfliktkennzeichen werden entscheidend von globalen Faktoren beeinflusst, und können nicht ausschließlich innerhalb nationaler Grenzen bearbeitet werden.

So tragen spekulationsbedingte Preisschwankungen auf dem Weltmarkt für Getreide, Biosprit, Erdöl oder Holz direkt oder indirekt zu Instabilität und Ernährungsengpässen in besonders betroffenen Regionen bei. Auf der anderen Seite fällt die Fragilität der Herkunftsorte vieler wertvoller Ressourcen ins Auge: So zeigen aktuelle Daten zu großflächigen Landinvestitionen, dass insbesondere in Konflikt- und Nachkriegskontexten (u.a. Sudan und Südsudan, Sierra Leone, Liberia) und in Ländern, in denen die Landrechte der lokalen Bevölkerung nicht gesichert sind und gewaltsam gegen Landvertriebene vorgegangen wird (z.B. Kambodscha), große Landflächen an Investoren aus dem In- und Ausland vergeben werden. Pläne zu großen Infrastrukturprojekten und Staudämmen werden in konfliktbeladenen Regionen umgesetzt.

Ein nachhaltiges Engagement für Friedensförderung sollte daher die negativen Folgen der globalen Konsum- und Produktionsmuster auf lokale Konflikte stärker in den Blick nehmen und sich zum Beispiel in die internationalen Debatten um das Management natürlicher Ressourcen einmischen und Expertise einbringen. Globale Leitlinien wie etwa die vom Welternährungskomitee der FAO im Mai 2012 verabschiedeten „Freiwilligen Leitlinien zur verantwortungsvollen Verwaltung und Nutzung von Land, Fischgründen und Wäldern“ enthalten Anforderungen für Staaten und zivilgesellschaftliche Akteure, sowie für unternehmerisches Handeln. Diese – wie auch beispielsweise die OECD-Leitlinien zu Menschenrechten und Unternehmen – sind wichtige Instrumente, die bisher von friedenspolitischen Akteuren zu wenig wahrgenommen und mitgestaltet werden.

Think glocal, act glocal

Das Management von natürlichen Ressourcen ist von zentraler Bedeutung für Ernährungssicherung sowie wirtschaftliche und landwirtschaftliche Entwicklung. Es steht aber auch in Verbindung mit dem Bedarf an erneuerbaren Energien und Ansätzen gegen den Klimawandel. Ein Missmanagement natürlicher Ressourcen kann damit gravierende soziale, ökologische und wirtschaftliche Folgen auf lokaler und globaler Ebene haben. Der Ressourcenfluch ist allseits bekannt: Entwicklungsländer, die keinen Ressourcenreichtum aufweisen, haben innerhalb der letzten Dekade einen deutlich schnelleren Entwicklungsschub für ihre Bevölkerung erzielt, als solche, die als ressourcenreich gelten. Konflikte und sozialer Unfriede, Korruption und Vetternwirtschaft sind in ressourcenreichen Gegenden weit verbreitet. Politik und Privatsektor sind in diesem Bereich genauso gefordert wie die Zivilgesellschaft, um die friedliche und transparente Regulierung von Konflikten bei der Produktion und Verteilung des Rohstoffreichtums zu

unterstützen und zu nachhaltigen und gerechten Lösungen beizutragen.

Natürliche Ressourcen, ihre Verwendung sowie die Nutzung der daraus entstehenden Produkte, bieten einerseits Potentiale für weitere Konflikte – aber, so Marion Regina Müller, Leiterin des Regionalbüros der Heinrich-Böll-Stiftung Pakistan/Afghanistan, auch für aktive Friedensförderung: „Gerade in der Frage des Managements von natürlichen Ressourcen braucht es verbindliche und effektive Regeln der Nutzung und Verteilung. In Afghanistan sind die Kontrolle über die Ressource Land und deren Management sowie Fragen nach Infrastruktur und Wasserverfügbarkeit von sehr hoher Bedeutung für die lokale Bevölkerung. Dabei muss auf die spezifische Situation vor Ort besonders Rücksicht genommen werden. Die Rolle von Frauen hat im ländlichen Bereich sowohl für das Ressourcenmanagement als auch für die Friedensförderung eine Schlüsselfunkti-



↗ Wassertankstelle in der Nähe von Khanabad/Afghanistan.
Foto: Omar Sayami - sayami.de

on. Lokale Mechanismen müssen gestärkt sowie entsprechende Kapazitätsbildung unterstützt werden, um zu einem gerechteren System und einer langfristigen Überwindung von Konfliktursachen und Reduzierung von Gewalt beitragen zu können. Natürliche Ressourcen, deren Nutzung sowie die Verteilung der über sie zu erzielenden Einkommen und Profite, gehören unverzichtbar zu einer Friedensstrategie in Afghanistan dazu und müssen aktiv in Friedensförderungsprogramme und in das Ressourcenmanagement einbezogen werden.“

Um natürliche Ressourcen als friedensstiftende Brückenpfeiler zu etablieren, ist mehr als nur wirtschaftliche Entwicklung und zivilgesellschaftliches Engagement auf allen Ebenen gefragt. Auch der Privatsektor, die Investoren und Wirtschafts- und Finanzakteure jenseits der klassischen Entwicklungszusammenarbeit, sind gefordert, aktiv friedensfördernde Strategien

FriEnt-Aktivitäten

In Fachgesprächen und Workshops tauschten sich die FriEnt-Mitglieder über Landinvestitionen und Landrechte in fragilen Kontexten, über Reparationsfragen und über den Nexus zwischen Management natürlicher Ressourcen und Friedensförderung aus. Themen waren:

Sicherung der Landrechte in Kambodscha II und III (Februar 2013/November 2014)

Landgrabbing in fragile and conflict-affected contexts (März 2013)

Investitionen in Konfliktkontexten (März 2013)

Conflicts over land: dispute resolution and de-escalation (Juni 2013)

Reparations, land and natural resources (Februar 2014)

Improving natural resource management for peacebuilding (Peacebuilding Forum – Mai 2014)

Darüber hinaus engagiert sich FriEnt in der AG Land des Arbeitskreises Welternährung, in der sich BMZ und BMEL mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zu Landfragen austauschen.

mit dem Investment in natürliche Ressourcen sowie dem Energie- und Wirtschaftssektor zu verbinden. Auf internationaler Ebene braucht es dafür mehr Anstrengungen, um Rohstoffmärkte und angegliederte Finanzströme zu regulieren und internationale Rohstoffunternehmen weltweit gültigen Regeln zu unterwerfen. Gleichzeitig müssen lokalen Entwicklungsakteuren mehr Spielräume für die Entwicklung von maßgeschneiderten Lösungen eingeräumt werden, um mit Maßnahmen im Bereich natürlicher Ressourcen friedensfördernde Effekte erzielen zu können und dem Do no harm Anspruch gerecht werden zu können. Frieden kommt eben nicht von alleine, sondern muss immer wieder mühevoll und in kleinen Schritten von unterschiedlichen Akteuren gemeinsam erarbeitet werden.



Kontrast zwischen Arm und Reich in Jakarta/Indonesien.
Foto: Eric Martin/Le Figaro Magazine/laif

Friedensförderung in aufstrebenden Ländern: Beispiel Indonesien

Frieden und Entwicklung sind nicht nur in einer kleiner werdenden Gruppe von am wenigsten entwickelten Ländern bedroht. Die fünf Gewaltkonflikte mit den meisten Todesopfern fanden 2014 in Syrien, Irak, Pakistan, Nigeria und der Ukraine statt. Alleamt Länder mit mittleren Einkommen. In vielen weiteren, aufstrebenden Ländern sind strukturelle, kulturelle und direkte Gewalt an der Tagesordnung. Die Ursachen sind dabei vielschichtig: Rapides Wirtschaftswachstum verschärft häufig Ungleichheiten und geht oft mit steigender Korruption einher. Ausgrenzung von sozio-ökonomischer Entwicklung und verstopfte Kommunikationskanäle zwischen Staat und Gesellschaft schüren Konfliktpotentiale und führen vielerorts zu sozialen Unruhen. Städtische Gewalt wird in vielen Ländern zu einem immer größeren Problem für menschliche Sicherheit und verwischt die Grenzen zwischen organisierter Kriminalität und Gewaltkonflikten.

Warum aber werden die Konfliktpotentiale in Ländern mit mittleren Einkommen bei der Formulierung von Strategien der Friedensförderung und Konfliktbearbeitung häufig übersehen – und Friedenspotentiale nicht genutzt? In Zeiten globaler Machtverschiebungen, in denen aufstrebende Länder als Kooperationspartner für die Bearbeitung globaler Herausforderungen immer wichtiger werden, stellen sich Fragen nach Kohärenz und der Integration von Konfliktsensibilität in die Zusammenarbeit – insbesondere in Politikbereiche „beyond aid“ und dem Engagement des Privatsektors. Im Interview erläutert Dr. Ulrich Dornberg, Länderreferent für Indonesien bei Misereor, wie ein zugleich glaubwürdiges und kohärentes Engagement für Friedensförderung und Konfliktbearbeitung aussehen kann.

Indonesien ist ein aufstrebendes Land im Wandel: Sehen Sie dennoch Konfliktpotentiale?

Trotz aller Errungenschaften: Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, Rechtsunsicherheit und Straflosigkeit, verschärfte Konflikte um natürliche Ressourcen und um Landnutzungsrechte, religiöse Radikalisierung sowie der Zugang und die Qualität von Bildung sind nur einige der vielen Herausfor-

FriEnt-Aktivitäten

Staatliches und zivilgesellschaftliches Engagement in den Bereichen Wald und Klima im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit Indonesien (Februar 2014)

derungen, die wir als katholisches Entwicklungshilfswerk für nachhaltigen Frieden und Entwicklung in Indonesien sehen.

Vor welchen Herausforderungen stehen externe Akteure?

Es ist notwendig, das Selbstbewusstsein der indonesischen Akteure und deren Selbständigkeit zu respektieren. Nur wenn es gelingt, die Eigeninteressen an der Umsetzung auch internationaler Standards – z.B. in Ressourcen- und Religionskonflikten – deutlich zu machen, kann dies Wirkung zeigen. Das kann nur aus der indonesischen Gesellschaft selbst heraus geschehen, weshalb die Spielräume der Zivilgesellschaft nicht beschnitten, sondern weiter ausgeweitet werden müssen. Um den oftmals komplexen Situationen vor Ort zu begegnen, spielen daher der Austausch zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie die Vielfalt an Zugängen und Ansätzen eine wichtige und konstruktive Rolle.

Wo sehen Sie in so einer Situation konstruktive Beiträge?

Die Stärkung der Selbstorganisation lokaler Bevölkerungsgruppen sowie die Vertiefung der Kenntnis ihrer Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten ist ein ganz wichtiges Element, um die rechtstaatliche Situation zu stärken und lokale Konflikte im fairen Interessenausgleich zu lösen. Staatliche Akteure können diesen Prozess im Politikdialog durch Betonung von guter Regierungsführung und durch eine angemessene Beteiligung der Zivilgesellschaft ihrerseits fördern und weiter vorantreiben. Wichtig scheint mir daher, dass keine neuen sektorspezifischen Blaupausen – zum Beispiel zur Reform des Sicherheits- oder Justizsektors – für das Engagement in aufstrebenden Ländern entworfen werden, sondern die spezifischen Herausforderungen und lokalen Perspektiven den Ausgangspunkt bilden.



OSZE-Wahlbeobachtung in der Ukraine.
Foto: OSCE/Michael Forster Rothbart

Die ungelösten Konflikte in Osteuropa und im Südkaukasus: Ein System kommunizierender Röhren

Unter den Teilnehmenden mehrerer FriEnt-Veranstaltungen zu den ungelösten Konflikten im Südkaukasus herrschte Konsens, dass konstruktive Konfliktbearbeitung in der Region nicht einfacher geworden ist. Zum einen haben fast überall autoritäre Tendenzen zugenommen, die den Spielraum für gesellschaftliche Friedensinitiativen einengen. Zum anderen wird immer deutlicher, dass die inner- und zwischenstaatlichen Konflikte in Osteuropa und im Südkaukasus ein System kommunizierender Röhren bilden, in dem sich politische Auseinandersetzungen um die russische Hegemonie im postsowjetischen Raum negativ verstärken.

Auf einem Südkaukasus-Rundtisch im Juli 2014 beschäftigten sich die FriEnt-Mitglieder daher mit der Frage, was die Ukraine-Krise für die Konfliktlage im Südkaukasus bedeutet. Die Flucht des ukrainischen Präsidenten nach den viermonatigen Protesten des Euromaidans, gefolgt vom handstreichartigen Anschluss der Krim an Russland und dem bewaffneten Konflikt in der Ostukraine haben die europäische Sicherheitsordnung in einem Maße in Frage gestellt, das weit über die Ukraine hinausreicht – und kaum jemand für möglich oder gar wahrscheinlich gehalten hätte. Wie in einem Brennglas haben der Konflikt und seine propagandistischen Begleiterscheinungen verdeutlicht, welche Funktionen die ungelösten Konflikte im Rahmen eines offensiver vorgetragenen russischen Anspruchs auf eine „Zone besonderen Interesses“ spielen. Dadurch wird es immer schwerer, eine Konfliktlösung durch den direkten Ausgleich zwischen den Eliten und Bevölkerungen der betroffenen Territorien zu erreichen.

Deutlich wurde aber auch, dass ein zentrales Paradigma der gesamteuropäischen Friedensordnung Kollateralschaden genommen hat: Das Paradigma der Modernisierungspartnerschaft. Vor allem mit Russland ist die Hoffnung auf einen friedlichen Wandel durch wirtschaftliche Verflechtung nicht aufgegangen, und dies hatte negative Rückwirkungen auf die EU-Politik der Östlichen Partnerschaft, insbesondere auf das Angebot der Assoziierungsabkommen. Noch ist unklar, ob ein anderes Paradigma als jenes von Containment und

FriEnt-Aktivitäten

Nagorny Karabakh – Perspectives on crisis prevention and peacebuilding (Februar 2013)

Engagement in und/oder mit den Konfliktregionen im Südkaukasus – gibt es neue Handlungsspielräume nach den Wahlen? (Dezember 2013)

Was bedeutet die Ukraine-Krise für die Konfliktlage im Südkaukasus? (Juli 2014)

Abschreckung an die Stelle der Modernisierungspartnerschaft treten kann, denn: It takes two to tango.

In der Ukraine, so Tobias Pietz vom Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), besteht gegenwärtig die größte Herausforderung darin, die Stabilität des Landes zu stärken, ohne dass dabei die emanzipatorische Agenda des Euromaidan über Bord geht: „Soll einer erneuten militärischen Eskalation erfolgreich entgegengewirkt werden, dann ist ein gut abgestimmter vernetzter Ansatz der zivilen Instrumente unerlässlich. Sie reichen von der internationalen Diplomatie, den Kontaktgruppengesprächen, Sanktionen, den Missionen von OSZE und EU bis hin zu humanitärer Hilfe und – last but not least – zur Entwicklungszusammenarbeit.“

Eine friedensfördernde Entwicklungszusammenarbeit in der Region steht vor großen Herausforderungen: Zunächst ist jede Unterstützung zutiefst politisch und hat das Potential, innere Widerstände und Machtkämpfe zu befördern (oder von diesen instrumentalisiert zu werden). Eine enge Abstimmung mit anderen Akteuren ist deshalb eine zentrale Voraussetzung. Zum anderen müssen explizit friedensfördernde Projekte des gesellschaftlichen Dialogs, der Geschichtsarbeit oder auch allgemein die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen einen langen Atem haben, um jenes verlorene Vertrauen (wieder) aufzubauen, das von interessierten Konfliktparteien gegenwärtig systematisch zerrüttet wird – ohne die beteiligten Partner zusätzlichen Risiken auszusetzen.



Die Möglichkeiten nutzen – Friedensförderung in einer komplexen Welt

➤ Quo vadis Friedensförderung?

Die beiden vorangegangenen Kapitel zeigen das Spektrum der Herausforderungen für Friedensförderung und Entwicklung auf, die sich von neuen Ansätzen in fragilen und von Gewalt betroffenen Ländern über Konfliktpotentiale in aufstrebenden Ländern bis zur Bearbeitung globaler Konfliktursachen bewegen. Wo liegt angesichts dieser Spannweite die Zukunft der Friedensförderung? Wie kann Friedensförderung in einer vernetzten, komplexen Welt weiterhin konstruktive Beiträge leisten? Wie verändern globale Dynamiken Rolle und Verantwortung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure in „Nord“ und „Süd“? Unter anderem mit dem FriEnt Peacebuilding Forum bieten wir den Raum, über diese Fragen zur Zukunft von Friedensförderung nachzudenken.

Die Möglichkeiten nutzen – unter diesem Motto stand das erste FriEnt Peacebuilding Forum, das im Mai 2014 über 200 internationale Expertinnen und Experten aus Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft in Berlin versammelte. Damit wurde der Blick bewusst auf die neuen Chancen – und weniger auf die neuen Grenzen – gelegt, die sich aus dem Wandel internationaler Zusammenarbeit ergeben.

Aber natürlich steht Friedens- und Entwicklungsarbeit vor gewaltigen Herausforderungen: Auf den Wandel internationaler Kooperation müssen staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure reagieren – ein Beharren auf gängige friedenspolitische Paradigmen reicht nicht aus. Die Professionalisierung und Spezialisierung der Friedensförderung hat der Wirksamkeit des Politikfelds zwar insgesamt gut getan, führt aber auch leicht zu einer isolierten Herangehensweise, die den komplexen und multidimensionalen Problemen nicht gerecht wird. Gleichzeitig lässt sich an vielen Entwicklungen der letzten Jahre ein sinkender Handlungsspielraum für staatliche und zivilgesellschaftliche

Akteure der Friedensförderung feststellen. Der aktuelle – auf Problemlösung ausgerichtete – Wirkungsdiskurs stellt Friedensförderung unter zusätzlichen Legitimations- und Erfolgsdruck. Friedenspolitische Akteure, nicht nur aus dem „Norden“, suchen angesichts dieser Dynamiken neue Wege, um wirksame Beiträge zur Friedensförderung und zum gesellschaftlichen Wandel leisten zu können. Einige davon wurden von den Teilnehmenden des FriEnt Peacebuilding Forums beschrieben:

1. In komplexen Kontexten, die von Unsicherheit, Ambiguität und Unvorhersehbarkeit geprägt sind, kommen wir mit linearem Denken nicht weiter. Statt jedoch Friedensarbeit nun dem glücklichen Zufall zu überlassen, sind systemische, langfristige und kontextangepasste Ansätze gefragt. In der Praxis ist dies jedoch leichter gesagt als getan.
2. Friedensförderung kann nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss eng mit „klassischen“ entwicklungspolitischen Sektoren sowie Demokratieförderung, Menschenrechtsarbeit oder sicherheitsrelevanten Maßnahmen verknüpft

werden. Dazu gehört auch die Bildung neuer Allianzen zwischen unterschiedlichen Akteuren. Es braucht starke Partner, neue Perspektiven und den Blick über den eigenen Tellerrand.

3. Friedensförderung ist ein lokaler Prozess. Externe Akteure sollten sich eher als Moderator und weniger als Problemlöser verstehen und dabei lokale Systeme, Kapazitäten, Dynamiken und Prioritäten in den Vordergrund stellen.
4. Internationale Verantwortung beginnt vor der eigenen Haustür – dort, wo es um die eigenen Politiken und deren Auswirkungen auf Konflikt dynamiken in anderen Ländern geht.

Letztlich, so formulierte eine Teilnehmerin des Peacebuilding Forums, kommen wir jedoch immer auch zurück auf die zentralen Fragen: Wie setzen wir um, was wir bereits wissen? Welche Allianzen brauchen wir dafür? Und welchen Widerständen müssen wir an welchen Stellen gemeinsam begegnen?



„Machtkonflikte lokaler Akteure im Blick behalten“

Interview mit Dr. Cornelia Ulbert, Wissenschaftliche Geschäftsführerin des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF)

In der Wissenschaft wird der „local turn“ als Antwort auf das Scheitern des liberalen Peacebuilding Paradigmas diskutiert. Ist damit bereits ein echter Paradigmenwechsel eingeläutet?

Im Prinzip kann mit der Hinwendung zum „Lokalen“ ein Paradigmenwechsel verbunden sein, sofern damit auch ein Heraustreten aus den Ansätzen und Zielsetzungen des liberalen Peacebuilding einhergeht. Also nicht nur rhetorisch anerkannt wird, dass Frieden auf bestehenden Normen, Institutionen und Praktiken aufbauen muss, sondern dass dies auch die Arbeit anleitet. Mit dem „local turn“ geht ein Perspektivwechsel einher, der Möglichkeiten des wechselseitigen Lernens und der Selbstreflexion der beteiligten Akteure beinhaltet. Wo früher eher die „Angebotsseite“ dominierte, liegt nun das Augenmerk

FriEnt-Aktivitäten

FriEnt Peacebuilding Forum 2014: Seizing opportunities – Peacebuilding in a complex world. Berichte, Videos und Blogbeiträge von den Referentinnen und Referenten gibt es unter www.frient-peacebuilding-forum.de

stärker darauf, was das „Lokale“ anbieten kann und auf welchen lokalen Ressourcen und Fähigkeiten basierend, Friedensentwicklung stattfinden kann. Eng verbunden damit ist die Vorstellung von „Resilienz“, also der Widerstandsfähigkeit von (lokalen) Akteuren, erfolgreich mit externen Bedrohungen oder Problemen umzugehen.

Allerdings ist auch das „Lokale“ nicht frei von Machtkonflikten. Auch vor Ort profitieren Akteure von Instabilität und Gewalt und haben ein Interesse daran, den Unfrieden aufrechtzuerhalten. Daher sollten die internationalen Akteure im Blick behalten, dass die finanziellen und personellen Ressourcen, die sie investieren, einen maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung von Nachkriegsgesellschaften und die „politische Ökonomie“ der dortigen Akteure haben.

Die Post-2015-Agenda setzt zur Umsetzung der SDGs auf „Multi-Akteurs-Partnerschaften“. Wie könnten diese im Bereich Friedensförderung aussehen?

Im Entwicklungssektor existieren bereits unzählige Multi-Akteurs-Partnerschaften. Dies gilt in eingeschränktem Maß auch für den engeren Bereich der Friedensförderung, wofür etwa die Civil Society Plattform on Peacebuilding and Statebuilding (CSPPS) als Beispiel steht. Für Multi-Akteurs-Partnerschaften gibt es im Prinzip keine Blaupause. Sie existieren auf globaler, regionaler oder lokaler Ebene mit sehr unterschiedlichen Zielen – von der Bewusstseinsbildung und der Entwicklung von Problemlösungen bis hin zu ganz praktischen Partnerschaften, die konkrete Projekte implementieren. Ebenso unterschiedlich erfolgreich sind sie in der Erreichung ihrer Ziele. Das hat mittlerweile im Post-2015-Kontext zu der Debatte geführt, wie die Arbeit dieser Multi-Akteurs-Partnerschaften besser überprüft werden kann. Für den engeren Bereich der Friedensförderung steht auch die Frage im Raum, wie Unternehmen besser in diese Partnerschaften eingebunden werden können.



Neue Partnerschaften für Frieden und Entwicklung: Ziehen wir am selben Strang?

„Wir müssen unsere Partnerschaften fundamental überdenken“ – diese Forderung von Emmanuel Bombande von der Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict (GPPAC) auf dem FriEnt Peacebuilding Forum scheint einen Nerv in der internationalen Debatte zu treffen. So etabliert der New Deal for Engagement in Fragile States eine „neue Partnerschaft“ zwischen Gebern, g7+-Ländern und zivilgesellschaftlichen Organisationen, um Entwicklungszusammenarbeit in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten wirksamer zu gestalten. Das Grundverständnis dieser neuen Partnerschaft sieht vor, dass für jedes Land eine gemeinsame Vision und ein gemeinsamer Umsetzungsplan auf der Basis von Transparenz, lokaler ownership, gegenseitiger Rechenschaftspflicht und Vertrauen entwickelt wird. Auch die neuen nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) sollen je nach Themenfeld im Rahmen von Multi-Akteurs-Partnerschaften aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Privatwirtschaft umgesetzt werden.

Eine grundsätzliche Herausforderung besteht jedoch darin, die auf internationaler Ebene definierten Ziele in konkreten Kontexten an die lokalen Bedürfnisse, Potentiale und Traditionen anzupassen. Insbesondere bei politischen Themen, wie dem der Friedensförderung, können sich bei diesem Schritt auch normative Fragen stellen, die in abstrakter Form bereits geklärt schienen.

In den meisten konfliktbetroffenen Regionen ergreift die Bevölkerung Eigeninitiativen, um nach erlittenen Gewalterfahrungen das soziale Zusammenleben in den Gemeinschaften und zwischen den Bevölkerungsgruppen wieder aufzubauen. Rituale und Regeln zur Reintegration ehemaliger Gewalttäter, zur humanitären Versorgung von Vertriebenen und zur Wiederherstellung der gemeinschaftlichen Ernährungsgrundlagen werden wiederbelebt oder neu gestaltet. Dabei werden auch Rollen traditioneller und religiöser Autoritäten bestätigt, erneuert oder modifiziert und gewinnen Vertrauen und Rückhalt in

der Bevölkerung. So entstehen aus der Dynamik des unmittelbaren Krisenmanagements spezifische Prioritäten, Erwartungen und Bedürfnisse nach Unterstützung vis-à-vis dem eigenen Staat aber auch gegenüber internationalen Akteuren.

Das neue Partnerschaftsverständnis stellt in Aussicht, dass sich der Schwerpunkt des Austausches weiter verlagert – von der technischen Dimension des Zusammenwirkens bei der Umsetzung hin zu mehr Dialogpartnerschaften über unterschiedliche Ausgestaltungsmöglichkeiten von Partizipation, sozialer Gerechtigkeit, Gendergerechtigkeit oder Laizität. Entsprechende Dialogforen können dabei helfen, unterschiedliche Erfahrungen für die jeweils eigene Arbeit in Nord und Süd fruchtbar zu machen oder Strategien entsprechend den Bedürfnissen, Potentialen und Traditionen anzupassen.

Mit diesem Verständnis gestaltet FriEnt Länder- und Themenrundtische als Raum zur Kontrastierung von Nord- und Südperspektiven. Unterschiedliche Verständnisse, Interpretationen und inhaltliche Konnotationen von Ansätzen, Zielen und Prioritäten können so sichtbar gemacht werden: Was stärkt aus Sicht malischer Akteure das Vertrauen zwischen Gesellschaft und staatlichen Eliten? Wie relevant ist der Internationale Strafgerichtshof für Partner aus Kenia? Und welche Anpassungsbedarfe erwachsen daraus für unsere Strategien und Programme?

Vor dem Hintergrund der globalen Veränderungen erfordert das neue Partnerschaftsverständnis, dass Akteure aus dem Norden ihre Rolle weiterentwickeln oder gar neu definieren. Vernetzung, Dialog und Räume für die Entwicklung gemeinsamer Lösungsansätze werden wichtiger. Um diesen Suchprozess aktiv mitzugestalten, bedarf es insbesondere im Bereich der Friedensförderung auch mehr Dialog über normative Grundlagen und Umsetzungsstrategien zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen der europäischen Nachbarländer.

„Politikfeldübergreifende Partnerschaften sind gefragt“

Interview mit Manfred Öhm, Leiter des Referats Afrika bei der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Europäische Union (EU) hat sich die Stabilisierung fragiler Staaten auf die Fahne geschrieben. Aber sind ihre Strategien in konkreten Situationen staatlicher Fragilität auch ausreichend kohärent?

Wir haben auf europäischer Ebene durchaus eine intensive Abstimmung zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten. Die Herausforderungen liegen jeweils in der mangelnden Kohärenz zwischen den einzelnen Politikfeldern, da gibt es Nachholbedarf. Um krisenpräventiv zu handeln, müssen daher Konfliktursachen noch stärker in den Blick genommen werden: Armut, Arbeitslosigkeit oder Perspektivlosigkeit junger Menschen. Dies gilt für sogenannte fragile Staaten genauso wie für vermeintlich stabile.

Derzeit unterstützt Europa in großem Umfang friedens- und sicherheitspolitische Strukturen in Afrika. Doch um langfristig zu wirken müssen wir uns einerseits auf gute Regierungsführung und Armutsbekämpfung konzentrieren, andererseits dürfen wir z.B. die Förderung sozialer Sicherheit und vor allem die Notwendigkeit einer fairen Handelspolitik nicht aus dem Blick verlieren. Die Europäische Handelspolitik müsste den Staaten Potentiale der wirtschaftlichen Transformation eröffnen, die die Schaffung lokaler Wertschöpfungsketten und von Arbeitsplätzen ermöglicht. Leider werden diese Politikbereiche im umfassenden Ansatz der EU in Bezug auf externe Konflikte weitestgehend ausgeklammert. Politikkohärenz darf aber vor diesen Feldern nicht Halt machen. Im Gegenteil: Die Bedeutung von multisektoralen Ansätzen wird angesichts der komplexen Probleme in fragilen Staaten eher noch steigen. Hier braucht es also nicht nur Partnerschaften zwischen unterschiedlichen Akteuren, sondern auch politikfeldübergreifende Partnerschaften sind nötig, um der Komplexität gerecht zu werden.

Deutschland strebt einen stärkeren Schulterschluss mit Frankreich bei der Bewältigung gewaltsamer Krisen in Afrika an. Zu welchen Aspekten braucht es dafür weiteren Diskurs?

Gerade in der Afrikapolitik haben wir zuletzt eine neue Dynamik gesehen. Der europäisch-afrikanische Gipfel im Jahr 2014 fand viel Beachtung, Frankreich hat in seiner Afrikapolitik mehr Transparenz angekündigt und die Bundesregierung hat neue afrikapolitische Leitlinien beschlossen. Die jeweiligen Initiativen und Dokumente beziehen sich jedoch nur wenig aufeinander, doch dasselbe gilt für zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich vielfach nur am jeweiligen nationalen afrikapolitischen Diskurs orientieren. Ein kontinuierlicher Austausch zur Afrikapolitik – der Umgang mit Krisen kann dabei nur eine Teilfrage sein – zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Think-Tanks, usw. ist daher nötig. Jede französisch-deutsche Initiative ist sicher sinnvoll, im Vorjahr hat z.B. die FES gemeinsam mit IFRI zu einem Gedankenaustausch zu deutsch-französischer Afrikapolitik und Mali eingeladen. Doch sprechen wir in der Afrikapolitik und ebenso im Umgang mit Krisen von gemeinsamen europäischen Herausforderungen – und nicht nur von franzö-

FriEnt-Aktivitäten

The dynamics of Kenya's election process, (EPLO/FriEnt Brown Bag Lunch in Brüssel, März 2013)

Friedensstabilisierung in Mali – Rahmenbedingungen und Ansatzpunkte für deutsche Akteure (Juni 2013)

Konstruktive Staats-Gesellschaftsbeziehungen in Mali – Herausforderungen für internationale Akteure (gemeinsames Arbeitsgespräch FriEnt/Fokus Sahel, Oktober 2014)

sisch-deutschen. Zivilgesellschaftliche Partnerschaft in Europa muss deshalb breiter angelegt sein, z.B. vermehrt Akteure aus West- und Osteuropa in Dialog bringen – und dabei natürlich die afrikanischen Partner von Anfang an einbeziehen.



^ Vertrauliche Diskussionen beim FriEnt-Rundtisch Mali.
Foto: Günter Schönegg



Inklusion und konstruktive Staats-Gesellschaftsbeziehungen: Partizipation neu gedacht?

Ob im New Deal, den Diskussionen um die Post-2015-Agenda oder im Rahmen der Zukunftscharta des BMZ: konstruktive Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft sowie inklusive politische Aushandlungsprozesse werden als wichtige Voraussetzungen für Frieden und Entwicklung angesehen. Dahinter steht die Erkenntnis, dass mangelnde politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe bestimmter Bevölkerungsgruppen eine wesentliche Ursache von Konflikten und gewaltvollen Auseinandersetzungen in vielen Gesellschaften ist.

Für Eugenia Piza-Lopez vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) ist es deswegen wichtig, dass staatliche Eliten und die Bevölkerung eines Landes gemeinsam einen „Gesellschaftsvertrag“ aushandeln, der Ausgrenzung überwinden, Vertrauen schaffen und das Zusammenleben auf eine neue Grundlage stellen kann.

Doch wo meist seit Generationen Diskriminierung herrscht, staatliche Strukturen kaum existieren, oder das Vertrauen in Mitmenschen und Regierungsinstitutionen durch Krieg und Gewalt zerstört wurde, sind die Herausforderungen für die Entwicklung und die Akzeptanz eines solchen Gesellschaftsvertrages immens. Nicht zuletzt leben die Menschen häufig in getrennten Welten, wie etwa die städtische und die ländliche Bevölkerung in Kolumbien, so Lina Maria Garcia vom kolumbianischen Planungsministerium beim FriEnt Peacebuilding Forum.

Räume für Partizipation schaffen – während und nach politischen Verhandlungsprozessen

Deswegen müssen schon zu Beginn von politischen Verhandlungen Räume für Partizipation, Konsultation und Dialog

geschaffen werden. Schließlich haben Eliten – selbst in revolutionären Kontexten – selten das Gemeinwohl im Blick. Eine breite und qualitative Einbindung unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure in Friedensverhandlungen hilft, den Blick für unterschiedliche Interessen und Bedarfe zu weiten und dauerhaftere Lösungsansätze zu finden. Dabei geht es nicht nur darum, am offiziellen Verhandlungstisch zu sitzen; öffentlicher Druck, informeller Dialog und Politikberatung oder parallel stattfindende Diskussionsprozesse sind ebenso wichtig. So ist es dem Mindanao Peoples Caucus auf den Philippinen geglückt, durch langjährigen Vertrauensaufbau und Dialog Austauschprozesse zwischen nationaler Regierung und Vertretern lokaler Bevölkerungsgruppen von Mindanao zu unterstützen.

Doch Dialog- und Partizipationsmöglichkeiten sollten nicht mit Abschluss eines Friedensabkommens enden. Meist beginnt die Sisyphusarbeit erst danach. Wann und insbesondere wie werden die Ergebnisse umgesetzt? Gibt es Monitoringmechanismen? Ob in Bosnien, Guatemala, Nepal oder Kolumbien: Für die große Mehrheit von marginalisierten Gruppen und Opfern von Gewalt bringen Friedensverträge oder Verfassungen und Gesetze nicht die erhoffte Friedensdividende in Form einer besseren wirtschaftlichen und politischen Teilhabe, sozialer Dienstleistungen oder Entschädigungen. Deshalb sind auch nach dem offiziellen Ende von Friedensverhandlungen unterschiedliche Dialogräume gefragt – nicht nur auf nationaler Ebene.

In Kolumbien wie auch in Nepal zeigt sich, dass inklusive und bedarfsorientierte Prozesse auf lokaler Ebene wirkungsvoll sein können, wenn sie transparent sind und alle Akteure frühzeitig eingebunden werden. Der Aufbau von gegenseitigem Vertrauen und Respekt ist dabei zentral – und benötigt Zeit.

„Kulturelle Mechanismen können maßgeblich zum sozialen Zusammenhalt beitragen“

Interview mit Rakesh Karna von Support Nepal, einer Partnerorganisation der „Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion – Kurve Wustrow“

Inklusivität auf lokaler Ebene – Was bedeutet das in Nepal?

Inklusion hat zwei Bedeutungen in Nepal: Für die herrschende Elite bedeutet es die bloße physische Anwesenheit von Gruppen, die sonst nicht Teil eines Prozesses sind. Für Minderheiten und marginalisierte Gruppen bedeutet es aber, an Entscheidungsprozessen teilzunehmen sowie an Ressourcen und Macht teilzuhaben. Es geht nicht darum, dass einer gibt und ein anderer nimmt, sondern dass derjenige, der bekommt an einem offenen und fairen Entscheidungsprozess aktiv teilnimmt. Inklusion bedeutet für die herrschende Elite „Einheit in Vielfalt“,



♣ Demonstranten adressieren den Friedensprozess zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC in Bogota.
Foto: picture alliance/Demotix

während es für die marginalisierten Gruppen „Einheit mit Rücksicht auf Vielfalt“ und in manchen Fällen auch „Entschädigungen für vergangene Gräueltaten und positive Diskriminierung“ bedeutet.

Was hält Nepal zusammen?

Nepalesische Gemeinden sind meist heterogen und pluralistisch. Im Alltag teilen die Menschen jedoch ihre Kulturen, Traditionen und gesellschaftlichen Ereignisse, wenngleich die kulturellen Praktiken der Minderheiten und indigenen Gruppen von der Kultur und den Traditionen der dominanten Gruppen stark beeinflusst werden. Dennoch gibt es beispiels-

FriEnt-Aktivitäten

FriEnt greift Staats-Gesellschaftsbeziehungen und die damit verbundenen Herausforderungen für Friedensprozesse auf. Dazu fanden folgende FriEnt-Veranstaltungen statt:

Wie wir scheiterten und doch einen Weg fanden – Erfahrungen zur staatlich-zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen des Nepal Peace Trust Fund (September 2013)

Ohne Beteiligung kein Frieden! Herausforderungen und Erfahrungen zivilgesellschaftlicher Beteiligung an Friedensverhandlungen (Oktober 2013)

Was hält Nepal zusammen? Anknüpfungspunkte für internationale Unterstützung (April 2014)

Addressing state-society relations in post-conflict societies (Peacebuilding Forum – Mai 2014)

Was hält bzw. bringt Nepal zusammen? Anknüpfungspunkte für internationale Unterstützung der nepalesischen Gesellschaft (September 2014)

weise eine wachsende Anzahl von Festivitäten unterschiedlicher kultureller Herkunft, die gemeinsam gefeiert und respektiert werden. Diese Feste können dazu beitragen, Harmonie und die sozialen Bindungen zwischen den Gruppen zu stärken. Ebenso gibt es eine Reihe von kulturellen Mechanismen, die maßgeblich zur Förderung eines lokalen Friedens beitragen und bei Konflikten zwischen Gruppen genutzt werden können. Eine Vielzahl formeller und informeller gemeindebasierter Gruppen, wie etwa lokale Friedenskomitees, Müttergruppen, Sensibilisierungszentren, können als lokale Strukturen zur Teilhabe und für sozialen Zusammenhalt gestärkt werden.

Welche Rollen können internationale Akteure in diesem Prozess einnehmen?

Internationale Akteure können die Rolle eines Moderators übernehmen, indem sie unterschiedliche Akteure einer geteilten Gesellschaft zusammenbringen, die eines Koordinators, der isolierte Maßnahmen verbindet, die eines Katalysators, der innovatives und ergebnisoffenes Denken anregt, die eines Visionärs, der den Austausch und das Lernen von internationalen Erfahrungen für eine gemeinsame Vision und kollektive Anstrengungen fördert oder die eines Experten, der konflikt sensible, inklusive und nachhaltige Bemühungen unternimmt.

Internationale Akteure sollten während des Transitionsprozesses jedoch nicht Werte oder Know-How aufkotroyieren, die keine lokale Basis haben, auf welcher man aufbauen kann. Außerdem sollten sie vermeiden, exklusive Machtstrukturen des korrupten Systems und unrealistische Erwartungen zu unterstützen.



Evaluierung 2014

Welchen Nutzen ziehen die Mitglieder von FriEnt aus der Arbeitsgemeinschaft? Welche Themen und Regionen sind für sie relevant? Und wie stellen sie sich die zukünftige Zusammenarbeit vor? Diesen Fragen ging eine vom FriEnt-Lenkungsausschuss im Mai 2014 in Auftrag gegebene Evaluierung der Arbeitsgemeinschaft nach.

Der Abschlussbericht macht deutlich: Mit FriEnt wurde ein auch im internationalen Vergleich einzigartiges Modell der Zusammenarbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen geschaffen. Durch die kontinuierliche und institutionalisierte Form des Austausches und der Zusammenarbeit sind Vertrauen gewachsen, informelle Lernräume jenseits institutioneller Positionen entstanden und neue Zugänge zu unterschiedlichen Akteuren geschaffen worden. Das aus allen Mitgliedsorganisationen zusammengesetzte FriEnt-Team fungiert dabei als „Brückenbauer“ und Kompetenzpool. Darüber hinaus, so die Gutachterinnen Martina Fischer und Barbara Unger von der Berghof Foundation, hat FriEnt durch eine Vielzahl von Aktivitäten – darunter das neu etablierte FriEnt Peacebuilding Forum – maßgeblich zur Sichtbarkeit des Themen- und Politikfeldes sowie zur Vernetzung mit internationalen Akteuren beigetragen.

So kommt der Bericht zu dem Schluss, dass Ziele, inhaltliche Schwerpunkte und die Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft relevant sind und auch in Zukunft Bedeutung haben werden. Arbeits- und Kommunikationsprozesse zwischen den beteiligten Akteuren der Arbeitsgemeinschaft sind gut etabliert und effizient, stellen aber kontinuierliche Anforderungen an Lenkungsausschuss und Team. Angesichts unterschiedlicher Bedarfe und zunehmender Gewaltkonflikte werden das Management von Vielfalt sowie Flexibilität vs. Kontinuität inhaltlicher Schwerpunkte als Herausforderungen identifiziert. Daher empfehlen die Gutachterinnen, die inhaltlich-strategische Ausrichtung, die Kommunikation zwischen den Mitglie-

dern und die Beteiligungsformen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft weiterzuentwickeln und dabei die Diversität der Mitglieder zu berücksichtigen.

Evaluierung 2014: Zitate aus den Interviews

„Es ist beachtlich, wie es FriEnt geschafft hat, die Fachgespräche zu Landrechten in Kambodscha zu moderieren; das war wirklich ein Mehrwert, den diese Gespräche geboten haben.“

„Bei FriEnt geht es erstmal um den Austausch von Ideen zu wichtigen und konfliktträchtigen Themen [...] ohne dass man auf die Profilierung und Positionierung der eigenen Organisation achten muss.“

„Da kommen wirklich Personen mit Fachexpertise zusammen.“

„FriEnt agiert zudem erfolgreich als ‚neutraler broker‘ und Moderator – und bietet damit etwas an, was einzelne Mitgliedsorganisationen nicht anbieten könnten.“

„Lerngemeinschaft sollte noch vielmehr als Wechselbeziehung verstanden werden; es geht um eine stärkere Einbeziehung der Sichtweisen aus dem Süden.“

„FriEnt bietet wegen der guten Vernetzung der Mitgliedsorganisationen mit Partnern im Süden gute Voraussetzungen, veraltete Denkansätze zu hinterfragen und neue Lerngemeinschaften zu etablieren.“

„Im FriEnt-Team wird ‚out-of-the-box‘-Denken praktiziert; dieser Freiraum und die Art und Weise, wie er thematisch gefüllt wird, bilden einen unverzichtbaren Mehrwert.“

„Der ‚Multiperspektivenblick‘ von FriEnt bringt eine andere Art von Wissen und methodischen Kenntnissen hervor, die für die Weiterentwicklung von Konzepten wichtige Impulse liefert.“

Publikationen

Wer die Wahl hat, ist in Gefahr? Wahlen als Erfolgs- und Risikofaktor für Friedensprozesse

Dokumentation der Podiumsdiskussion zum Internationalen Friedenstag 2013
Brot für die Welt, FES, FriEnt | 2014

How do I know? Strategic planning, learning and evaluation for peacebuilding

FriEnt Study 06/2014 | FriEnt | 2014

Reparations, Land and Natural Resources

Workshop Report | 14 February 2014
Caroline Kruckow, Carla Schraml, Sylvia Servaes | FriEnt | 2014

Frieden auf der globalen Entwicklungsagenda. Die Post-2015-Agenda muss die Brücke zwischen Frieden, Entwicklung und Nachhaltig schlagen

Marc Baxmann | in: welt-sichten-Dossier des Konsortium ZFD (10/2014)

In Larger Justice: Linking Health Care, Transitional Justice and Peacebuilding

Sylvia Servaes and Natascha Zupan
Journal of Peacebuilding and Development (Vol. 8/No.3)

Frühwarnung und zivile Krisenprävention müssen besser miteinander verzahnt werden

Angelika Spelten | in: Sicherheit und Frieden 2|2014

Rezension des Friedensgutachtens 2014

Natascha Zupan | in: Wissenschaft und Frieden 03/2014

Verhandeln bevor es zu spät ist? Präventive Diplomatie 20 Jahre nach der Agenda für den Frieden

Dokumentation der Podiumsdiskussion zum Internationalen Friedenstag 2012
Brot für die Welt-EED, FES, FriEnt | 2013

Help or Hindrance? Results-orientation in conflict-affected situations

FriEnt/KOFF-Working Paper
Stefan Bächtold, Roland Dittli, Sylvia Servaes | KOFF, FriEnt | 2013

Education, change and peacebuilding

Essay by Lynn Davies, Emeritus Professor of International Education, University of Birmingham
FriEnt | 2013

Critical Reflection on 'Land Grabbing' in Fragile and Conflict-Affected Contexts.

Following the KOFF Roundtable of 27 November 2012
Andreas Graf, Caroline Kruckow, Sergio Gemperle | KOFF, FriEnt | 2013

Justice Transitionnelle & Traitement du Passé

Document d'orientation
Sylvia Servaes et Natascha Zupan | FriEnt | 2013

FriEnt im Detail (2013-2014)

Lenkungsausschuss

	Mitglied / Stellvertretendes Mitglied
Brot für die Welt	Dr. Wolfgang Heinrich (Vorsitz)
BMZ	Christine Toetzke (Vorsitz bis August 2014) / Gundula Weitz-Huthmann
GIZ	Dr. Roman Poeschke / Dunja Brede
FES	Jochen Steinhilber / Florian Koch (bis August 2014) Elisabeth Braune
hbs	Steffen Heizmann / Kirsten Maas-Albert
KZE/Misereor	Michael Hippler / Elisabeth Bially
Konsortium ZFD	Bernd Rieche, AGDF / Martin Vehrenberg, AGEH
Plattform ZKB/INEF	Ulrich Frey, Plattform ZKB Dr. Cornelia Ulbert, INEF
ZIF	Dr. Almut Wieland-Karimi / Tobias Pietz

Team

Leitung Natascha Zupan

Sekretariat, Redaktion Website Brigitte Kirschner

Internationale Prozesse, Kommunikation Marc Baxmann

Südkaucasus, Landkonflikte

Caroline Kruckow, Brot für die Welt-EED

Nahost & Nordafrika Bodo Schulze, BMZ

Kolumbien, Menschenrechte und Friedensförderung

Christine Meissler, GIZ (bis Jan. 2013)

Nepal, Staats-Gesellschaftsbeziehungen

Sonja Vorwerk-Halve, GIZ (seit März 2013)

Nahost & Nordafrika Carla Schraml, GIZ (Jan.-Juni 2014)

UN, Friedensentwicklung und Sicherheit

Marius Müller-Hennig, FES

Demokratieförderung, Menschenrechte und Friedensförderung

Jana Mittag, hbs (bis Sept. 2014)

Nahost & Nordafrika, demokratischer Wandel

Claudia Rolf, hbs (seit Okt. 2014)

Nepal, Transitional Justice, Wirkungsbeobachtung

Sylvia Servaes, KZE/Misereor

Indonesien, Bildung, Capacity Development

Anja Justen, Konsortium ZFD

Kenia, Mali, Krisenprävention und demokratischer Wandel

Angelika Spelten, Plattform ZKB/INEF

Friedensmissionen, Friedensentwicklung und Sicherheit

Dr. Andreas Wittkowsky, ZIF

FriEnt ist eine Arbeitsgemeinschaft von:

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
Heinrich-Böll-Stiftung (hbs)
Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe/Misereor
Konsortium Ziviler Friedensdienst
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung/Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)
Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF)

